



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

09. Stadtratsprotokoll / 09^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 20. Mai 2021, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 20 Mai 2021 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal
Lieu: Palais des Congrès, salle de concert

Anwesend / Présents:

Akamba Frédérica, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Halter Marisa, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Iseli Isabelle, Kilezi Ruth, Kohler Silja, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stettler Urs, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Gianna, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, van der Meer Marion, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Augsburger-Brom Dana

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderat Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

110. Genehmigung der Traktandenliste	322
111. Mitteilungen Stadtratsbüro	322
112. 20210085 Espace Biel/Bienne.Nidau, Initialisierung	322
• Rückweisungsantrag	322
• Allgemeine Diskussion	328
113. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20210172, Tanner Anna, SP, Liechti Kathleen, EVP, Roth Myriam, Grüne, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Halter Marisa, PdA, Moeschler Marie, PSR «Überlebenshilfe Passantenheim Biel»	340
114. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20210171, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, «Kinder und Jugendliche sollen den Sommer in Biel geniessen können»	340
115. 20190367 Umsetzung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen / Verpflichtungskredit / Botschaft	340
• Botschaft.....	354
116. Neueingänge.....	357

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Herzlich Willkommen zur heutigen Stadtratssitzung. Ich beabsichtige, ungefähr um 20.00 Uhr eine halbstündige Pause einzulegen.

Auf Ihrem Tisch finden Sie folgende Unterlagen:

- Rückweisungsantrag der Fraktion GLP+ zum Geschäft 20210085 «Espace Biel/Bienne.Nidau / Initialisierung» (lila Blatt)
- Änderungsanträge der Fraktionen Grüne und Einfach libres! zum Geschäft 20190367 «Umsetzung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen / Verpflichtungskredit / Botschaft» (grünes Blatt)
- Flyer und Einzahlungsschein Frauenplatz / Ausstellung «ExceptionnELLES» vom 12. Juni 2021. Zur Feier des 50-jährigen Jubiläums der Einführung des Frauenstimmrechts werden fünf Statuen mit Bieler Bezug in der Stadt aufgestellt. Es handelt sich um Statuen mit Biografien von Laure Wyss, Marguerite Weidauer, Maria Wildermeth, Laure Sandoz und Félicienne Villos-Muamba. Trotz Unterstützung von der Stadt Biel, des Kantons und Stiftungen fehlen noch Beiträge. Als Zeichen der Gleichstellung und der öffentlichen Sichtbarmachung von Frauenbiografien bittet Sie der Frauenplatz um eine Spende mittels Einzahlungsschein.

110. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

111. Mitteilungen Stadtratsbüro

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich erinnere Sie daran, dass die nächste Sitzung am 2. und 3. Juni 2021 annulliert wurde. Ich hoffe, das Wetter zeigt sich bis dahin wieder von seiner sonnigen Seite damit wir die freien Abende geniessen können. Entgegen anderslautenden Gerüchten wurde die Sitzung nicht abgesagt, weil die GPK nicht über die notwendigen Unterlagen verfügte und deshalb die Abtraktandierung beantragt hat, sondern weil zu wenig Geschäfte behandlungsreif sind.

112. 20210085 Espace Biel/Bienne.Nidau, Initialisierung

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Zum vorliegenden Geschäft liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktion GLP+ vor.

Rückweisungsantrag

Briechele Dennis, Fraktion GLP+: Die Nationalstrassen sind Angelegenheit von Bund und Kanton, entsprechend stehen dort Kapazitäten und Ressourcen zur Verfügung. Der grosse Nachteil an dieser Regelung ist, dass Projekte an der Bevölkerung vorbei geplant werden. Das beste Beispiel dafür ist zweifellos die Westast-Umfahrung. In

einem für die Schweiz einmaligen Vorgang wurde die obrigkeitliche Planung «gebodigt». Der Ball wird nun der Region zugespielt. Die Region soll ihre verkehrliche und städtebauliche Zukunft planen und mitfinanzieren. Wie das Beispiel des Westasts zeigt, ist die Partizipation der Bevölkerung wichtig. Die Bedürfnisse der Anwohnenden zu berücksichtigen ist sogar ausserordentlich wichtig. Nutzen wir diese Chance für unsere Region? Die Fraktion GLP+ hat sowohl formell als auch inhaltlich Zweifel am vorliegenden Entwurf. Formell, weil sich mit der neuen Organisation Espace Biel/Bienne/Nidau wieder einmal alles um die entscheidende Behördendelegation dreht. Die Behördendelegation soll aus acht Mitgliedern bestehen. Darunter sind je ein Vertreter von Kanton und Region, beide mit einem klar bürgerlichen Profil. Ausserdem sind aus den Agglomerationsgemeinden zwei ebenso klar bürgerliche und zwei weitere weniger klar positionierte Vertretungen vorgesehen. Über die Mehrheitsverhältnisse dieser Behördendelegation muss sich der Stadtrat im Klaren sein. Der Delegation beigeordnet sind als partizipative Elemente eine Reflexionsgruppe und das «stadt.labor». Welche Rechte und Kompetenzen hat die Reflexionsgruppe, wer nimmt darin Einsitz und wer bestimmt darüber? Diese Fragen sind ungeklärt. Im Bericht des Gemeinderats wird das «stadt.labor» nicht erwähnt. Die Stadtverwaltung hat es angeblich zu einer Sitzung eingeladen und dann kurzerhand wieder ausgeladen. Dieses Vorgehen fördert das Vertrauen bestimmt nicht. Es muss sichergestellt werden, dass nicht eine zweite «Arbeitsgruppe Stöckli» eingesetzt wird und an der Bevölkerung vorbei plant.

Grössere Zweifel hat die Fraktion GLP+ an der inhaltlichen Kernpunktsetzung für das erste Jahr. Mit dem Kredit wird gemäss Bericht eine Anschubfinanzierung für zwei Punkte angestrebt:

1. Eine Aufarbeitung der Gesamtsicht Städtebau und Mobilität als Grundlage für die Machbarkeit des Porttunnels und
2. Ein Konzept für ein Monitoring und Controlling.

Vorbereitungsarbeiten für den Porttunnel zu tätigen widerspricht der Logik eines Dialogprozesses. Zuerst müssen die kurz- und mittelfristigen Massnahmen konkretisiert und umgesetzt werden. Mit dem Porttunnel wird die Erschliessung des südlichen Bielerseeufers einseitig für den MIV (motorisierter Individualverkehr) verbessert. Dadurch ist das Angebot für den ÖV (öffentlicher Verkehr) absolut zwingend ebenfalls zu verbessern. Einseitig und prioritär ein Strassenbauprojekt voranzutreiben, kann nicht sein. Des weiteren soll in diesem Jahr ein Monitoring und Controlling aufgelegt werden, gemäss Organigramm (Beilage zum Bericht) ein Monitoring zum Ostast. Zur Erhebung der Wirksamkeit der verkehrlichen Massnahmen ist dies fraglos sinnvoll. Im Bericht des Gemeinderats ist die Rede von Aufbau, Erarbeitung und Konzeption dieser Monitorings. Da stellt sich schon die Frage, wieviele Monitorings noch entwickelt werden sollen. Der Stadtrat hat 2014 das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 7.6-1) verabschiedet. Bereits dort wurde ein Monitoring erarbeitet. Im Rahmen seiner Berichterstattung hat der Gemeinderat dem Stadtrat im April 2018 den ausführlichen Bericht zum Mobilitätsmonitoring 2017 vorgelegt. Jetzt soll prioritär schon wieder ein neues Monitoring konzipiert werden. Nutzen wir die Chance zur regionalen Planung richtig! Während Jahren erneut Konzepte, Studien und Grundlagendokumente zu produzieren ist nicht sinnvoll. Konkrete kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation in der Stadt sind im Sinne der Bieler Bevölkerung anzugehen. **Die Fraktion GLP+ beantragt deshalb die Rückweisung des vorliegenden Geschäfts.**

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Jetzt wird über den Rückweisungsantrag debattiert. Die folgenden Äusserungen haben sich ausschliesslich auf die Rückweisung zu beschränken.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Vor der Sitzung der Interessengruppen und Fachverbände vom 10. Mai 2021 hätte ich den vorliegenden Rückweisungsantrag wahrscheinlich unterstützt. Die Fraktion SP/JUSO lehnt nun aber die Rückweisung ab. Warum? Natürlich hat die Fraktion SP/JUSO einige Bedenken zum vorliegenden Entwurf. Gemäss Organigramm sieht die Reflexionsgruppe wie ein blosses Anhängsel der Behördendelegation aus. Ein klares Bekenntnis zu einer umfassenden Mitwirkung ist aber notwendig. Falls das Engagement der Bevölkerung erneut abgeblockt wird, entsteht schnell wieder eine grosse Opposition gegen das Projekt. An der Sitzung mit VertreterInnen der Dialoggruppe stellte sich jedoch heraus, dass eine echte Mitwirkung angestrebt wird. An dieser Sitzung wurde gesagt, dass die Bevölkerung in den Prozess einbezogen werden soll. Sie soll sich beispielsweise mit dem Zukunftsbild unserer Region auseinandersetzen. Bei jedem kleineren und grösseren Projekt muss gewährleistet sein, dass die Bedenken der Bevölkerung und von Organisationen einfließen, ansonsten drohen diese zu scheitern. Damit wäre auch das heute beantragte Budget von CHF 420'000 für den Espace Biel/Bienne/Nidau für die Katz. Ich denke, das möchte niemand auch die Fraktion SP/JUSO nicht. Ich ersuche den Stadtpräsidenten, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung und von Organisationen noch einmal genau zu erläutern. Ausserdem möchte ich folgende Sachverhalte geklärt haben:

- Im Bericht des Gemeinderats fehlt der Hinweis, dass weitere Gemeinden und Organisationen miteinbezogen werden können. Durch den Bau des Porttunnels beispielsweise würden die Gemeinden Port und Nidau profitieren. In den dahinter liegenden Gemeinden würde der Verkehr gemäss einer Studie des Kantons Bern um 50% zunehmen. Dies würde nicht nur Ipsach sondern zusätzlich weitere Gemeinden betreffen. Deren Bevölkerung und Organisationen sind deshalb zwingend beim Projekt Porttunnel miteinzubeziehen. Um den Mehrverkehr für diese Gemeinden erträglich zu machen, müssen Lösungen gefunden werden.
- Bei den langfristigen Lösungen sind die entsprechenden Gemeinden, die Bevölkerung und die bestehenden Organisationen miteinzubeziehen. Dies ist eine Grundbedingung für das Gelingen der Projekte.
- Eine Priorisierung und ein genauer Ablaufplan der verschiedenen Projekte fehlt. Auf Seite 12 im Schlussbericht zum Dialogprozess Westast Biel steht: *«Die kurz- und mittelfristigen Lösungen und die Planungsempfehlungen sind konsequent umzusetzen. Dies ist von zentraler Bedeutung. Die Aufgabe ist inhaltlich anspruchsvoll. Sie betrifft die Gemeinde-, Regions-, Kantons- und Bundesebene. Die langfristige Lösung ist so zu planen und vorzubereiten, dass eine rasche Realisierung möglich ist. Das Auslösen der langfristigen Lösung baut auf den Machbarkeitsstudien und auf Erkenntnissen der kurz- und mittelfristigen Lösung sowie der Wirkung des Ostasts (Bedarfsanalyse, Monitoring & Controlling).»* Der Ablaufplan kann erst nach Genehmigung des Projektbudgets aufgestellt und diskutiert werden. Wichtig erscheint der Fraktion SP/JUSO, dass die kurz- und mittelfristigen Massnahmen aber auch die weiteren Empfehlungen der Dialoggruppe bestätigt und anschliessend angegangen werden. Herr Stadtpräsident ist das so vorgesehen?
- Die verkehrlichen und städtebaulichen Massnahmen müssen sinnvollerweise nicht nur mit der Bevölkerung und den Organisationen diskutiert werden, sondern auch hier im Stadtrat. Eine überparteiliche Motion für eine stadträtliche

Verkehrskommission wurde eingereicht (20210052 «Schaffung einer stadträtlichen Verkehrskommission»). Der Fraktion SP/JUSO ist eine echte Mitwirkung aller Beteiligten im Dialogprozess wichtig. Die bisherigen sowie die neu betroffenen Bevölkerungskreise müssen ebenfalls mit ins Boot geholt werden damit keine Alibiübung stattfindet. Eine Mitwirkung ähnlich derjenigen der Dialoggruppe ist wichtig.

Mit der Zusicherung des Stadtpräsidenten zu diesen massgeblichen Punkten wird die Fraktion SP/JUSO den Rückweisungsantrag ablehnen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Der Fraktion FDP lag der Rückweisungsantrag leider erst gestern vor. Wir lehnen diesen ab. Warum? Die Befürchtung, dass eine zweite «Arbeitsgruppe Stöckli» geschaffen werden soll, ist fehl am Platz. Mit der Reflexionsgruppe und dem «stadt.labor» sind die partizipativen Elemente in der neuen Organisation aus Sicht der Fraktion FDP ausreichend vertreten. Zum im Entstehen begriffenen «stadt.labor» kann eventuell der Stadtpräsident nähere Angaben machen. Wichtig ist, dass bereits jetzt mit der Initialisierung begonnen werden kann. Mit der Rückweisung würde der Start verzögert. Auch für den zweiten, vom Vertreter der Antragstellenden angesprochenen Auftrag wäre eine Rückweisung kontraproduktiv. Das Agglomerationsprogramm sieht die Priorisierung des Fuss- und Veloverkehrs vor. Dazu kann vielleicht der Stadtpräsident ebenfalls mehr sagen. Der Rückweisungsantrag verzögert den Prozess unnötig. Die Mitwirkung der Bevölkerung ist in der neuen Organisation gewährleistet. Die Behördendelegation muss schliesslich Entscheide fällen können. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

van der Meer Marion, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne findet, dass der vorliegende Bericht des Gemeinderats dem im Prozess zum Westast erarbeiteten Kompromiss Rechnung trägt. Partizipation ist durchaus ein wichtiges Thema. Nach Rücksprache mit dem Gemeinderat ist die Fraktion Grüne überzeugt, dass ihm die Mitwirkung ein ernsthaftes Anliegen ist. Wir vertrauen darauf, dass die Details zur Partizipation noch ausgearbeitet werden.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: On parle de participation. Le Conseil de ville est le représentant de la société civile. Cela s'appelle la démocratie. Si certaines personnes ne font pas confiance au Conseil de ville et préfèrent mettre en place des groupes d'intérêt, je trouve cela un peu dommage surtout qu'il y a pas mal de participation prévue dans le projet. Pour le point 2, l'accord de ce groupe de travail prévoyait différentes mesures qui étaient égales. Avant de commencer, ce groupe veut biaiser, modifier et prioriser certaines mesures. Cela ne me semble pas refléter l'accord qui était convenu. C'est pourquoi, le Groupe PRR vous demande de rejeter cette demande de renvoi.

Halter Marisa, PDA: Partizipation ist mir sehr wichtig. Mit Punkt 2 des Rückweisungsantrags, den Fokus im ersten Jahr auf die Interessen der Stadt zu legen, bin ich hingegen nicht einverstanden. Die Planung sollte nicht auf die kommunale Ebene beschränkt werden. Zu den beiden Punkten des Rückweisungsantrags können durchaus unterschiedliche Haltungen eingenommen werden. Ich wünsche mir deshalb, über die beiden Auflagen des Rückweisungsantrags getrennt abzustimmen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Mit der Ablehnung des Rückweisungsantrags und mit der Zustimmung zum Bericht des Gemeinderats beauftragt der Stadtrat den Gemeinderat,

den Weg zum Westast unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus dem Dialogprozess weiterzugehen. Wenig überraschend, empfehle ich Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Warum? Das Thema Partizipation geniesst in der neuen Projektorganisation einen hohen Stellenwert. Im Dialogprozess haben wir gelernt, die Fragen mit den Betroffenen zusammen zu diskutieren und nicht zu dekretieren. Eine erste Sitzung mit den bestehenden Organisationen aus dem Dialogprozess hat stattgefunden. Die meisten sind an einer weiteren Teilnahme interessiert. Ihnen bekannt ist, dass sich das Komitee «Westast so nicht!» noch nicht entschieden hat. Ausser einer oder zwei kleineren Organisationen sind die Verbände, Fachorganisationen aber auch Bürgerbewegungen bereit, in der Reflexionsgruppe mitzumachen.

Herr Briechle, bevor Sie Sachverhalte als unschön kritisieren, sollten Sie sich richtig informieren. Das «stadt.labor» wurde keineswegs zuerst ein- und dann wieder ausgeladen. Zur ersten Sitzung wurden alle im Dialogprozess vertretenen Organisationen eingeladen. Diese wiederum haben weitere Organisationen angefragt. Um das Gleichgewicht zu wahren, wurde festgelegt, die Teilnahme auf die bisherigen Vertretungen zu beschränken. Derzeit wird ein Pflichtenheft für die Reflexionsgruppe erarbeitet. Dieses wird mit der Reflexionsgruppe zusammen beschlossen und in Kraft gesetzt. Unter anderem soll darin die Aufnahme weiterer Organisationen geregelt werden. Neu aufzunehmende Organisationen müssen ein Anliegen im Zusammenhang mit den verkehrlichen Fragen und der Entwicklung von Biel-West vertreten. Bei Auflösung einer Organisation scheiden deren Mitglieder aus der Reflexionsgruppe aus. Obwohl die Reflexionsgruppe mit der Behördendelegation auf Augenhöhe verkehrt, ist damit die Partizipation nicht abgeschlossen. Die Bevölkerung partizipieren zu lassen, ist ein weiteres wichtiges Anliegen. Das Zukunftsbild von Biel-West beispielsweise ist eine wichtige Grundlage für die Ergebnisse des Dialogprozesses. Es wurde aber noch nie in der breiten Öffentlichkeit diskutiert und verankert. In der zweiten Jahreshälfte soll dieses als erste grosse Aktion mit der Bevölkerung darüber diskutiert werden. Darüber hinaus wird es weitere Partizipationsmöglichkeiten geben. Ausserdem gibt es noch die ordentlichen Partizipationsmöglichkeiten gemäss kantonalem Baugesetz (BSG 721.0), insbesondere bei planerischen Etappen. Verfahren zur Regelung der Zusammenarbeit müssen gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden. Dafür werden jedoch finanzielle Mittel benötigt. Mit dem «stadt.labor» wurden Gespräche geführt. Diese Gruppe setzt sich aus Architekturkreisen und der Berner Fachhochschule zusammen. Das «stadt.labor» wird eine Position als unabhängige Institution erhalten, welche auch andere Themen aufgreift sowie eventuell Studien selbständig oder im Auftrag erarbeitet.

Im Gegensatz zum Dialogprozess soll jetzt eine Struktur geschaffen werden, in welcher unter anderen die Behörden eine Rolle spielen. Eine wichtige Rollen nehmen die Gemeinderäte der Städte und Gemeinden wahr und je nachdem die Parlamente und Bevölkerung. Herr Briechle, ich kann Ihre negative Beschreibung der Behördendelegation nicht nachvollziehen. Unabhängig von der «unpassenden» politischen Färbung besteht die Behördendelegation aus den gewählten Vertretungen der Gemeinden. Die Behördendelegation funktioniert wie ein Exekutivgremium. In der Regel wird nicht abgestimmt, sondern ein Konsens gesucht. Die Stadt Biel ist als einzige Gemeinde mit zwei Vertretungen (Gemeinderätin Lena Frank und mir) privilegiert. Bisher ist mir im Behördendialog kein Fall bekannt, in welchem die Stadt Biel überstimmt worden wäre. Ihre Besorgnis trifft also nicht zu. Die Region muss für

verkehrliche und städtebauliche Herausforderungen zusammenspannen. Die Planung hört nicht an der Gemeindegrenze auf.

Der zweite Punkt des Rückweisungsantrags will quasi «Biel first». Herr Briechle, die Massnahmen sind für das Agglomerationsprogramm und ein gesamtes Verkehrs- und Siedlungskonzept geplant. Die Stadt Biel kann diese allein nicht umsetzen, weil sie ausserhalb des Gesamtkontextes gar nicht funktionieren. Ausserdem könnte die Stadt damit nicht aus den Mitteln des Agglomerationsprogramms profitieren. Diese sind wichtig, nachdem die Bundesmittel für die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) der Westastumfahrung wegfallen. Sie sehen also, ein «Biel first» funktioniert nicht. Kritisiert wurde, dass bereits jetzt Überlegungen zu den längerfristigen Themen angestellt werden. Das Ergebnis des Dialogprozesses ist ein Paket. Dieses beinhaltet die rasche und konsequente Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Massnahmen aber auch die Realisierung des Porttunnels und die Schliessung der Lücke im Nationalstrassennetz. Die Machbarkeitsabklärungen dazu müssen frühzeitig erfolgen. Im Moment wird nicht ein neues Ausführungsprojekt vorbereitet, sondern die versprochenen Machbarkeitsstudien. Betreffend des kritisierten Monitorings weise ich auf einen wesentlichen Punkt hin: Mit dem Ostast und den damit verbundenen vfM wurden in vielen Teilen der Stadt substanzielle Verbesserungen erreicht. Bei der Umsetzung der Massnahmen aus dem Agglomerationsprogramm im Bereich von Biel-West muss unbedingt darauf geachtet werden, die guten Auswirkungen des Ostasts und den entsprechenden vfM nicht zu beeinträchtigen. Deshalb ist ein entsprechendes Controlling und Monitoring notwendig. Die Massnahmen müssen so geplant und umgesetzt werden, dass sie insgesamt einen Mehrwert ergeben. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den vorliegenden Rückweisungsantrag abzulehnen.

Si vous deviez adopter la demande de renvoi, une demi année à une année serait perdue car les travaux ne pourraient pas se poursuivre. En plus, beaucoup d'éléments qui ont été revendiqués, notamment par le porte parole des Verts libéraux, ne seront simplement pas réalisables. Donc, un blocage de ce projet n'entrainera pas de progrès ni des améliorations pour la situation dans notre Ville. C'est se mettre un auto-goal. En plus, notre région a voulu développer des solutions qui lui conviennent. Elle a réussi et donc nous avons réussi. Il est toutefois évident que notre responsabilité devient supérieure à ce qu'elle était auparavant. La Ville de Bienne ne peut pas simplement dire au Canton et à la Confédération qu'ils doivent exécuter ce que Bienne a décidé et choisi. C'est à nous de prendre les responsabilités nécessaires. Le fait que la nouvelle délégation des autorités est sous la conduite des maires de Bienne et Nidau est une chance, mais aussi une obligation qu'il ne faut pas oublier. Je pense, Monsieur Briechle, vous avoir expliqué que ce que vous souhaitez atteindre par votre demande de renvoi n'est pas faisable. J'espère que suite à mon intervention, vous retirerez votre demande de renvoi.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ hält am Rückweisungsantrag fest. **Ich beantrage, über die beiden Punkte des Rückweisungsantrag separat abzustimmen.**

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Der Stadtrat stimmt jetzt Punkt für Punkt über den Rückweisungsantrag ab.

Abstimmungen

- über Punkt 1 des Rückweisungsantrags (Aufarbeitung Gesamtansicht)

Punkt 1 des Rückweisungsantrags wird abgelehnt.

- über Punkt 2 des Rückweisungsantrags (Konzept Monitoring und Controlling)

Punkt 2 des Rückweisungsantrags wird abgelehnt.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Damit ist der gesamte Rückweisungsantrag abgelehnt. Wir kommen zur allgemeinen Diskussion. Ich übergebe das Wort an die GPK-Sprecherin, Natasha Pittet.

Allgemeine Diskussion

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Le processus de dialogue au sujet de l'autoroute A5 s'est achevé fin 2020 comme nous le savons tous. La conclusion a été non seulement l'abandon du projet définitif mais aussi la recommandation de réaliser rapidement des mesures sur le réseau routier de Bienne et des communes voisines. La délégation des autorités, formée de représentants du Canton de Berne, des communes de Bienne, Nidau, Brügg, Port et Ipsach et de l'Association «seeland.biel/bienne» a décidé de mettre en place une nouvelle organisation faîtière de projet (OFP) nommée «Espace Biel/Bienne.Nidau» sous la direction de la Ville de Bienne. Cette organisation a plusieurs tâches distinctes:

- Harmoniser le développement de l'urbanisation et du trafic, en particulier dans la partie ouest de la Ville.
- Soumettre le financement de chacune de ces mesures à court et moyen terme aux organes compétents et ensuite les coordonner.
- Examiner la poursuite des travaux conceptuels, y compris les études de faisabilité pour les mesures à long terme.

Le Conseil municipal propose d'accepter un crédit d'engagement de 420'000 fr. pour réaliser les travaux de coordination et de préparation dans le cadre de l'OFP «Espace Biel/Bienne.Nidau», qui devront être effectués en 2021. Les frais d'étude et de réalisation des différents projets d'infrastructures ne sont pas compris dans ce crédit d'engagement. Des crédits correspondants seront demandés séparément en temps voulu. Toutefois, il ne devrait pas y avoir de tels projets de réalisation concrets cette année encore. La Commission de gestion (CDG) a étudié ce dossier avec beaucoup d'intérêt. Elle a entendu Monsieur le Maire de vive voix lors de sa séance de la semaine dernière. Elle a aussi, je tiens à le préciser, reçu toute la documentation complémentaire demandée, y compris le contrat de société simple qui fonde «Espace Biel/Bienne.Nidau». Ce document explique, de manière simple et compréhensible, comment l'OFP est organisée, quelles sont ses tâches et qui les accomplit. La CDG a été intéressée de voir que tous les contrats conclus avec des tiers le seront par le Canton et seront encore soumis aux règles cantonales sur les soumissions publiques. Il nous a également été précisé que les tâches de l'OFP ne peuvent pas être effectuées par l'Association «seeland.biel/bienne» car le Canton n'en est pas membre. Or, le Canton est fortement impliqué dans le processus de coordination des mesures en matière de raccordement de la Ville de Bienne au réseau des routes nationales et

d'autres mesures en faveur de la circulation et de la mobilité. Il faut encore préciser que la Confédération n'est plus impliquée par le biais de l'Office fédéral des routes (OFROU), comme auparavant pour l'A5, car il ne s'agit plus d'un projet autoroutier. La CDG souhaite également préciser que 246'000 fr. des 420'000 fr. du crédit d'engagement sont destinés à l'OFP. Le solde est destiné au financement des tâches de la Ville de Bienne pour coordonner les objectifs et les projets de cette organisation, notamment afin de s'assurer que les projets soient en adéquation avec la stratégie de la Ville en matière de mobilité ou celle du développement.

Il convient d'insister que le financement de l'OFP n'est assuré que pour la phase de coordination initiale. D'après le rapport du Conseil municipal, seulement pour 2021, mais peut-être pour quelques mois de plus selon les affirmations orales faites lors de la conférence de presse du Conseil municipal. Ce montant ne couvre pas non plus les mesures qui seront soumises aux règles habituelles sur les compétences financières, selon leur importance. Un élément a troublé la CDG: un crédit d'engagement de 80'100 fr. a déjà été octroyé par le Conseil municipal de Bienne lors de sa séance du 24 mars 2021, afin de pouvoir mettre sur pied l'OFP. Il ne s'agit pas d'un crédit de planification mais d'une sorte d'avance. Les circonstances sont certes exceptionnelles et la CDG comprend que la Ville de Bienne devait rapidement commencer à travailler au sein de cette organisation. En effet, ces travaux concernent aussi le quatrième projet d'agglomération et celui-ci doit être soumis à l'assemblée générale de l'Association «seeland.biel/bienne», le 30 juin prochain puis au Canton et ensuite à la Confédération. Il y avait donc des délais à respecter et le travail devait commencer. Toutefois, la CDG insiste sur le fait que les procédures régulières doivent être respectées et que les avances sur un crédit, qui n'est pas encore accepté par le Conseil de ville, ne sont pas admissibles, sauf pour des circonstances très particulières. Certes, le montant est de la compétence du Conseil municipal, mais comme il fait partie intégrante du crédit, il aurait dû être traité de la même manière. Le rapport précise également que ce montant de 420'000 fr. est en partie couvert par les portions non utilisées du crédit pour le projet de dialogue et de celui pour la planification de l'accompagnement urbanistique de l'A5. Le décompte du premier crédit nommé est en cours et le second le sera prochainement. La CDG insiste sur le fait qu'il ne s'agit pas d'une compensation à proprement parlée mais bien d'un report de financements (point 4.4, page 10 du rapport du Conseil municipal).

La CDG est d'avis qu'il fait sens pour la Ville de participer à cette OFP et de la mener afin de commencer à façonner la mobilité de demain dans la partie ouest de la Ville, suite à l'abandon du projet de l'A5. N'oublions pas que cet abandon a sorti la balle du camp de la Confédération pour la mettre dans le camp des communes. Donc, les communes et la Ville de Bienne devront assumer une plus grande part des coûts et aussi des responsabilités. La CDG recommande l'acceptation de ce crédit d'engagement. Elle demande aux représentants de la Ville au sein de cette OFP de veiller à ce que les mesures planifiées et prises tiennent compte de la capacité financière effective de la Ville de Bienne, sans oublier le développement intelligent de notre Ville et de sa région.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird dem vorliegenden Kredit, wenn auch zum Teil widerwillig, zustimmen. An die Umsetzung 2022 und in den folgenden Jahren sind jedoch Erwartungen geknüpft. Die Fraktion FDP hat ausführlich über das Geschäft diskutiert. Folgende Fragen bleiben offen:

- Muss das Projekt so teuer sein und ist es richtig aufgeleist?

- Welche Rolle spielen Bund und Kanton? (Die Lückenschliessung im Nationalstrassennetz ist im Gegensatz zu den kurz- und mittelfristigen Massnahmen noch beim Bund angesiedelt. Die Federführung liegt aber beim Kanton).
- Ist der «Kostenteiler» richtig?
- Wie wird mit den unterschiedlichen Interessen der umliegenden Gemeinden umgegangen? Könnte für gewisse Funktionen nicht der Verein Seeland.Biel/Bienne den Lead übernehmen?
- Was passiert ab 2022?
- Welche Rolle kommt der Reflexionsgruppe zu? Zum «stadt.labor» kann, wie vorhin gehört, noch nichts Genaues gesagt werden.
- Ist der gefundene Kompromiss nach zwei Jahren Arbeit und Kosten von CHF 2 Mio. zukunftsfähig? Die Äusserungen von Herrn Scheuss im VCS-Magazin 2/2021 lassen Zweifel aufkommen. Auf Seite 9 steht: *«Für Scheuss und den VCS ist das (die Lückenschliessung) natürlich kein Wunschszenario. Noch besteht Hoffnung, dass sich die Ansicht durchsetzen wird, dass es gar keine durchgehende Autobahnverbindung zwischen Ost und West in Biel braucht.»* Diese Aussage ist ein Rückenschuss für den gefundenen Kompromiss der Dialoggruppe. Ich bin darüber sehr erstaunt und frustriert.
- Welche Kosten kommen auf die Stadt Biel zu?

Trotz der vielen Fragen sagt die Fraktion FDP ja zum vorliegenden Geschäft. Dies aus folgenden Gründen:

1. Der lange und teuer erarbeitete Kompromiss aus dem Dialogprozess muss jetzt umgesetzt werden ansonsten wäre die ganze Übung vergebens.
2. Die Schliessung der bestehenden Lücke im Nationalstrassennetz und die damit einhergehende erhöhte Sicherheit der Bevölkerung können gewährleistet werden.
3. Der Porttunnel kann umgesetzt werden.
4. Wichtig ist, zu handeln, solange Bund und Kanton noch Geduld haben. In Bern, sowohl bei Bund und Kanton ist die Geduld mit unserer Region langsam überstrapaziert. Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Region nicht einig ist, was sie will. Wir laufen Gefahr, dass die Unterstützung gekappt wird. Jetzt geht es darum, dass die kurz- und mittelfristigen Massnahmen umgesetzt werden, ohne eine langfristige Lösung zu verhindern.

Die Fraktion FDP erwartet, dass die Organisation für 2022 nochmals überprüft wird. Der Kostenverteiler muss detailliert begründet werden. Die Strukturkosten für die übergeordnete Projektorganisation (üPO) sollten nach Meinung der Fraktion FDP tiefer ausfallen. Die Reflexionsgruppe sollte nicht zum Verhinderungsorgan werden. Aus Sicht der Fraktion FDP ist eine Mitwirkung von Gruppen, welche das Ergebnis des Dialogprozesses nicht unterstützt haben falsch. Der Kompromiss aus dem Dialogprozess muss im Interesse von Bevölkerung und Wirtschaft umgesetzt werden. Ich hoffe sehr, dass die Stadtpräsidien von Biel und Nidau ihre Führungsrolle wahrnehmen und nicht eine ausufernde Partizipation oder Querschläge tolerieren.

Die Kompensation der Kosten wurde im Bericht des Gemeinderats erwähnt. Im Protokoll der Stadtratssitzung vom 18. September 2014 zum Geschäft 20120176 «Städtebauliche Begleitplanung A5 Westast Verpflichtungskredit für die Umsetzung der Planung» wurde meine Frage, wie in 20 bis 25 Jahren nachgewiesen werden soll, dass die Planungskosten tatsächlich in die Stadtkasse zurückfliessen, vom

Stadtpräsidenten beantwortet. Auf Seite 397 sagt er: *«Die Stadt wird versuchen, eine Art Schattenrechnung zu führen. Weil aber aufgrund der Umstellung auf HRM2 die ganze Aktivierungsthematik noch in der Schwebe ist, kann ich noch nicht sagen, wie das gemacht werden soll. Ich verspreche Ihnen, Herr Bohnenblust, jedoch, dieser Frage nachzugehen. Ich möchte es unseren NachfolgerInnen ermöglichen, diese Rechnung weiterzuführen. Angesichts des Mehrwerts, der auf diesem Land generiert werden wird, können die Planungskosten aber auf jeden Fall wieder kompensiert werden. Das sind hoch attraktive Lagen, welche dank Autobahn und Eisenbahn hervorragend erschlossen sein werden.»* Heute sollen diese Gelder ausgegeben werden. Damals wurde aber ein Rückgabe an die Stadtkasse versprochen. Wie wird in Zukunft mit dem vorliegenden Kredit umgegangen? Ich erwarte dazu eine Erklärung des Stadtpräsidenten. Die Fraktion FDP fragt sich, was passiert, wenn der Stadtrat heute den Kredit ablehnt?

Scheuss Urs, Grüne: Ich spreche nicht für die Fraktion sondern gebe eine persönliche Erklärung als Antwort auf die Äusserung von Kollege Bohnenblust ab. Es geht um den Vorwurf, dass der VCS den erarbeiteten Kompromiss in Frage stellt. Ich habe das Ergebnis mitunterzeichnet und stehe dazu. Der Kompromiss sieht kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen vor. Die langfristige Massnahme besteht aus der Schliessung der Lücke im Nationalstrassennetz. Dieses Ziel unterstütze ich nach wie vor. Die Empfehlungen des Dialogprozesses halten fest, dass als strategische Option eine Tunnellösung im Vordergrund steht. Diese Lösung ist eine Option, das heisst, dass noch andere Möglichkeiten geprüft werden. Es gibt verschiedene Klassen von Nationalstrassen. Solche der ersten Klasse sind Autobahnen, diejenigen der zweiten Klasse sind Autostrassen und die dritte Klasse sind Strassen mit Mischverkehr, also auch mit Veloverkehr wie beispielsweise auf einer Hauptstrasse. Der VCS hat sich für die Möglichkeit ausgesprochen, eine Nationalstrasse dritter Klasse zu bauen und damit die Lücke im Netz zu schliessen. Diese Möglichkeit ist jetzt mit der Empfehlung des Dialogprozesses für eine Tunnellösung in weite Ferne gerückt. Der Sinn hinter der von mir zitierten Aussage ist, dass wir dereinst vielleicht zum Schluss kommen, keine Nationalstrasse erster sondern eine dritter Klasse zu bauen. Diese wäre dann keine Autobahn. Soweit meine Ausführung zur Klarstellung meines zitierten Beitrags. Ich bin überzeugt, Kollege Bohnenblust kann als Experte für Nationalstrassen meine Aussage korrekt einordnen. Ich werde das vorliegende Geschäft unterstützen.

Heiniger Peter, Fraktion Einfach libres!: Ich hoffe, dass die Optionen für den Westast nach wie vor sehr offen sind. Mit der Annahme des vorliegenden Kredits soll ein Dialogprozess gestartet werden. Mit diesem Beginn soll eine Priorisierung des Langsam- und des öffentlichen Verkehrs (ÖV) angestossen werden, was zu begrüssen ist weil damit die Lebensqualität in der Stadt Biel und der ganzen Region gefördert wird. Welche Organisationen in welcher Form partizipieren werden, ist im vorliegenden Bericht nur sehr schwammig umschrieben. Die Frage der Kosten ist ein weiteres Thema. Es wird abstrakt von «Kostenverteilern» gesprochen. Könnten diese bitte konkreter ausgeführt werden?

Ein weiterer Punkt ist die Schaffung von Stellen. Aus Nachhaltigkeits- und Kostengründen soll möglichst auf interne Lösungen zurückgegriffen werden. Die Konstituierung und Organisation der Reflexionsgruppe ist noch offen. Beim Blick in das Organigramm fällt schnell auf, dass in der Behördendelegation die Stadtpräsidien von Biel und Nidau vertreten sind. Gleichzeitig nehmen sie die Co-Leitung der Reflexionsgruppe wahr. Das ist stossend und wirft die Frage nach der Unabhängigkeit

der Reflexionsgruppe auf. Der Sitz von Behördenmitgliedern in der Reflexionsgruppe muss begleitend und nicht leitend sein.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich schliesse mich den kritischen Worten von Peter Bohnenblust an. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist jedoch anders. Zu den grossen Problemfeldern der Stadt Biel gehören die Finanzen aber auch der Verkehr. Mit dem Westast wäre die Stadt vom Transitverkehr entlastet worden. Statt einen Kompromiss zu suchen wie beispielsweise den Verzicht auf einen Anschluss «Biel Centre» wurde gleich das gesamte Projekt beerdigt. Wir stehen jetzt wieder am Anfang einer neuen, jahrzehntelangen Planung ohne Garantie auf eine Realisierung. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen begrüsst die Absicht, langfristig die Lücken im Nationalstrassennetz zu schliessen. Uns stört aber massiv, dass der Fokus einmal mehr nicht auf der Umfahrungsmöglichkeit für den MIV (motorisierten Individualverkehrs) liegt sondern auf Nebenschauplätzen wie dem Langsamverkehr. Geschätzte Gemeinde- und Stadtratsmitglieder, wir sprechen von einem Nationalstrassennetz. Der Bau der Autobahn muss jetzt endlich prioritär verfolgt werden. Autofahrende müssen sich mittlerweile einen Plan zur Durchquerung der Stadt Biel zurecht legen. Vor allem zu Stosszeiten sind die allermeisten Strassen masslos überlastet. Als wäre dies nicht schon schlimm genug, kommt der Gemeinderat mit teilweise fragwürdigen neuen Ampeln oder Radarkontrollen um die Ecke. Damit akzentuiert er das bestehende Problem unnötig. Schon bald wird der Ostast wegen Tunnelreinigung gesperrt werden. Dann werden wir ZeugInnen einer Verkehrspolitik, welche die innerstädtischen Achsen zusperrt und die ganze Agglomeration in eine Staumeile verwandelt. Was Biel braucht, sind nicht noch mehr vfM als Schikane gegen das Auto, sondern Massnahmen, welche den Verkehr verflüssigen. Davon profitiert nicht zuletzt auch der ÖV. Die Busse der Verkehrsbetriebe (VB) benutzen die gleichen Strassen wie der MIV. Von Tempo 30-Zonen und Staus sind auch die Busse betroffen. Solange keine Entlastung des Zentrums vom Transitverkehr geplant wird, können die Kosten für die Projektorganisation eingespart werden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen zweifelt sowohl an den Absichten einer weiteren Dialoggruppe als auch an deren Erfolg. Aus diesen Gründen lehnen wir das vorliegende Geschäft ab.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le thème ici, n'est pas de savoir si la branche Ouest aurait dû être construite ou comment elle aurait dû l'être. Après plus d'un million de francs dépensé pour un groupe de travail dont les membres n'ont pas de légitimité démocratique et pour aboutir à une liste d'intérêt des deux parties sans compromis, on remet la compresse. Sans être devin, il est facile de voir ce qui va se passer. La Ville va mettre en place une machine à gaz qui va aboutir à rien ou presque. La seule certitude est que de l'argent va être dépensé: maintenant 820'000 fr. et ensuite, combien de millions? Malheureusement, il faut trouver une solution pour sortir de cette impasse en laissant une dernière chance à ce processus. Le Groupe PRR soutient du bout des lèvres cette demande de crédit d'engagement.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Meine Frage zu den weiteren Organisationen wurde noch nicht beantwortet. Können weitere Organisationen und Gemeinden für die Diskussion über die langfristigen Massnahmen dazukommen? Zusätzliche Gemeinden anzuhören ist wichtig, da diese von der langfristigen Massnahme betroffen sein dürften. Auf einen Einbezug dieser Gemeinden zu verzichten, würde bedeuten, dass wieder opponiert wird. Kann der Stadtpräsident diese Frage noch beantworten? Ebenfalls eine Antwort wünsche ich mir zur Frage, ob der gefundene Konsens der Dialoggruppe die Basis für die künftigen Verhandlungen bildet. Ausserdem möchte ich wissen, wie der

Einbezug des Bieler Stadtrats aussieht. Da der Veloverkehr neu ein Bundes- und Kantonsanliegen ist: Wie sieht die finanzielle Unterstützung diesbezüglich aus?

Frau Schneider, im Dialogprozess wurde ein Kompromiss gefunden. Die meisten Organisationen, Gegnerschaft wie Befürwortende tragen diesen mit. Ich weiss, dass der ACS, den Sie vertreten, nicht mitgemacht hat. Der TCS jedoch hat sich dem Konsens angeschlossen. Eine grosse Mehrheit befürwortet die Ergebnisse des Dialogprozesses. Diese gelten als Mehrheitsentscheid.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR a étudié avec attention le rapport du Conseil municipal concernant le lancement de l'OFP nommée «Espace Biel/Bienne.Nidau». Notre groupe formule ses remerciements aux auteurs de ce document détaillé. Un processus de dialogue a été lancé en 2019 et a été mené à large échelle. Il a permis l'abandon de la poursuite du projet définitif dans sa forme initiale: abandon d'éléments centraux en terme de routes, d'une bretelle de raccords, de tunnels et d'un système de surveillance. Il a aussi permis d'en tirer un bilan et des expériences. Le moment est venu de poursuivre un projet, en prenant compte des expériences précédentes, dans lequel le processus de dialogue sera privilégié. Les villes de Bienne et de Nidau seront ainsi impliquées avec les communes avoisinantes.

Je ne vais pas résumer tout le projet car toutes et tous en ont pris connaissance. Je remercie en particulier, Madame Pittet, pour son résumé des enjeux financiers ainsi que les autres avis, qui ont été pertinents jusqu'à présent. Il s'agit d'un grand défi pour une durée de vingt ans. Il faudra savoir s'adapter à l'évolution du contexte général en constante mutation. Un groupe spécifique est-il prévu pour réévaluer ce projet dans la durée? En effet, ce projet doit rester évolutif et participatif et en lien avec la population. Des représentants de la société civile seront présents, c'est prévu. Ce projet aura bien évidemment des conséquences urbanistiques, non seulement au niveau des axes routiers mais aussi inévitablement dans la vie sociale des deux villes et de l'agglomération. La qualité de vie des citoyens et citoyennes devrait s'améliorer considérablement avec une diminution du trafic et une facilitation de la mobilité douce par un réaménagement des axes routiers à l'intérieur et l'extérieur de l'agglomération, en fonction des flux de la circulation. Il faut aussi privilégier la perméabilité entre la Ville et le lac afin que l'accès soit facilité. Le Conseil municipal demande au Conseil de ville d'accepter le crédit d'engagement de 420'000 fr. pour les travaux de coordination et de préparation qui devront être réalisés le plus rapidement possible. D'ailleurs ce financement est proposé avec une clé de répartition dont on a parlé tout à l'heure. Ce travail, entrepris en 2021, devrait permettre la création de cette vision d'avenir par un travail de mise en place afin d'ouvrir le dialogue participatif et que l'OFP ait la capacité de réajuster ce projet, en fonction de l'évolution des conditions locales. Il s'agira de lancer les premiers jalons de ce projet, qui se développera à très long terme, pour une durée de plus ou moins vingt ans. Le Groupe PSR donne sa confiance au Conseil municipal pour mettre en place ce projet routier d'envergure tellement nécessaire pour la qualité de vie de l'agglomération biennoise future et vous invite à accepter ce projet de lancement et à aller de l'avant.

van der Meer Marion, Fraktion Grüne: Le Groupe Les Vert·e·s soutient le lancement de l'OFP nommée «Espace Biel/Bienne.Nidau» car il est urgent de débloquent le développement urbanistique de Bienne. Nous apprécions le lancement rapide de cette OFP afin de développer le projet actuel, qui ne satisfait personne et saluons que la Ville de Bienne joue un rôle plus important dans l'organisation de ce projet et que l'OFP soit

dirigée par le Maire de Bienne. En même temps, le Groupe Les Vert·e·s exige que le Conseil municipal mette tout en place afin d'avoir une réelle participation, dès le début. Le développement en sera ainsi plus fiable et le résultat plus solide. Nous avons tout de même un sérieux soucis.

Die Fraktion Grüne sorgt sich sehr, gerade weil die städtebauliche und verkehrliche Entwicklung für Biel zentral sind. Stadt- und Gemeinderat sind gefordert, Lösungen vorzuschlagen. Für eine gute Zusammenarbeit von Stadt- und Gemeinderat ist es wichtig, den Stadtrat möglichst früh miteinzubeziehen. Den Stadtrat aus Effizienzgründen nur zu einem Kredit für die Projektorganisation abstimmen zu lassen, kann nicht sein. Nicht nur wäre damit das Risiko erhöht, dass nach getaner Arbeit das Projekt abgelehnt wird sondern es erhöhte auch es das Frustrationspotential. Vermeiden liesse sich dies, wenn der Stadtrat eine ständige vorberatende Verkehrskommission einberufen würde. Wichtig wäre überdies eine frühzeitige Information der Stadtratsmitglieder durch den Gemeinderat. Der Stadtrat soll die Absichten des Gemeinderats kennen und bei Bedarf seinen Einfluss wahrnehmen. Den Stadtrat erst am Ende der umfangreichen Projektarbeiten miteinzubeziehen, gilt es zu vermeiden. Unter diesen Voraussetzungen wird die Fraktion Grüne dem Kredit zustimmen. Wir freuen uns bereits heute auf die ersten Projektinformationen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Bei all der Kritik und den vielen Fragen erstaunt mich, dass nicht mehr Rückweisungsanträge vorliegen. Ich erwähne an dieser Stelle, dass ich Vizepräsidentin des Vereins «N5 Bielersee - so nicht!» bin und dessen Interessen vertrete. Mir fällt auf, dass nicht alle Stadtratsmitglieder jeweils ihre Interessenbindungen offenlegen und ich wünschte mir, dass dies vermehrt getan wird. Als Interessenvertreterin bereiten mir die Ergebnisse des Dialogprozesses Sorgen. Mit dem Porttunnel steigen die Chancen, die Fehler aus der Vergangenheit zu zementieren. Der Stadtpräsident hat vorhin erwähnt, dass bei Annahme des Kredits der Stadtrat heute Abend ja sagt zu den Ergebnissen aus dem Dialogprozess. Das bedeutet unter anderem die Zustimmung zur Vollendung des Autobahnnetzes wie auch zum Porttunnel. Wollen Sie das wirklich? Das erstaunt mich doch sehr. Ich stelle nicht den Dialogprozess grundsätzlich in Frage. Er hat schliesslich die Blockaden gelöst. Der Bieler Stadtrat muss aber heute seine Verantwortung wahrnehmen. Das Parlament wird, wie Frau van der Meer vorhin erwähnt hat, in der Projektorganisation aussen vor gelassen. Trotz der vielen kritischen Fragen soll jetzt Zustimmung zum weiteren Vorgehen erteilt werden. **Ich beantrage die Abstimmung unter Namensaufruf.**

Scherrer Jürg, SVP: Blasen Sie die Mitwirkung möglichst gross auf. Der Stadtrat, die Bevölkerung, alle sollen ihren Senf dazu geben. Ich befürchte, dass es am Schluss gleich endet wie mit dem Westast. Dort hat die Gegnerschaft gewartet bis ein Projektvorschlag vorlag und dann zugeschlagen. Entgegen der Fraktionsmeinung unterstütze ich persönlich das Projekt. Wenn jetzt der Dialog nicht initialisiert wird, passiert wieder 100 Jahre lang nichts! Ich spreche nicht aus persönlichem Interesse. Ich bin jetzt 74 Jahre alt, ob ich die Fertigstellung der Autobahn noch erlebe und dannzumal überhaupt noch Auto fahre, steht in den Sternen. 1954 hat das eidgenössische Parlament das Nationalstrassennetz (heute zum grössten Teil umgesetzt), bewilligt. Das nationale Strassennetz wurde damals basierend auf der Annahme von 3 Mio. Fahrzeugen geplant. Mittlerweile beläuft sich der Fahrzeugbestand auf 4,5 Mio. Noch länger zuzuwarten auch in Anbetracht der unbegrenzten Zuwanderung, vergrössert nur das Problem. Je schneller die Verkehrsprobleme von Stadt und Agglomeration gelöst werden, umso besser.

Suter Daniel, PRR: L'OFP, instaurée sur recommandation du groupe de dialogue branche Ouest, réunit pour l'essentiel les mêmes acteurs. Cette organisation se perpétue ainsi elle-même en s'octroyant moult tâches de coordination et de contrôle, tout en impliquant un groupe de réflexion. Il s'agit d'un «club d'initiés» avec ses ténors, dont ceux qui ont réussi à faire capoter le dernier projet autoroutier. Toutes mes félicitations! Il s'agit d'une suite sans transition de la procédure de dialogue, instaurée en 2018, pour harmoniser l'urbanisme et la mobilité par une vision globale, encore une! Réinventer la ville comme pionnière de la «Ville future», sans doute avec quelques belles brochures à la clé. Le tout, avec le concours d'un grand nombre de mandataires externes pour un coût global de 820'000 fr. dont 420'000 fr. à la charge de la Ville de Bienne, y compris les dépenses pour ses propres besoins. Ces prochaines années, le besoin en ressources sera important et proportionnel à la complexité de l'organisation proposée. Une grandiloquence que la Ville de Bienne ne peut pas se payer! Il faut reconnaître que le désastre, devant lequel nous nous retrouvons après l'abandon d'un projet de contournement élaboré avec la région, les organisations intéressées et le Canton durant 15 ans, a une dimension historique. Maintenant, c'est à la Ville de payer les pots cassés! Les personnes, qui ont contribué à cet abandon, étaient-elles conscientes des coûts engendrés par la suite? Plutôt que de foncer tête baissée dans des complications coûteuses, il pourrait être utile de s'en tenir à la manière la plus simple possible de procéder dans une situation déjà assez compliquée.

Tout d'abord, il faut s'orienter vers les compétences et responsabilités légales quant à l'aménagement de routes et de mesures de circulation, y compris la coordination. Ainsi le tunnel de Port, conçu comme projet de route nationale, sera poursuivi par le Canton en coordination avec les communes concernées. Si l'achèvement du réseau des routes nationales par le contournement de Bienne doit, selon le groupe de dialogue, désormais se faire par un tunnel, il n'y aura pas plusieurs possibilités. Il appartiendra au Canton et à la Confédération de faire le nécessaire, en coordination avant tout avec la Ville de Bienne. Nous avons manifestement le temps de voir venir. En attendant, l'augmentation du trafic est/ouest pourrait entraîner des surcharges sur les axes concernés, notamment l'axe nord de Bienne et celui entre les Marais de Brugg et la route de Neuchâtel. Ceci est du ressort du Canton, appelé à intervenir en coordination avec les villes de Bienne et de Nidau. Lorsque les limites seront atteintes, le besoin d'un contournement autoroutier pourrait s'accroître car les faits sont là: la situation de la circulation routière va en augmentant. Il faut résoudre les problèmes l'un après l'autre, en coordination entre les collectivités concernées et sur proposition des autorités compétentes, qui assument leurs responsabilités avec le personnel à disposition. Pourquoi pas avec la collaboration du Conseil de ville, en mettant en place une commission? Des éléments participatifs avec une large participation de la population seront toujours possibles, mais la planification routière ne peut tout simplement pas être l'affaire de tout le monde. Un bon leadership n'a pas besoin d'une usine à gaz comme cela est proposé aujourd'hui. Il n'appartient pas à la Ville de Bienne d'assumer la coordination pour toute la région et l'ambition du Maire de la Ville apparaît comme démesurée. Je vais refuser la demande de crédit d'engagement de cette affaire et dans la mesure du possible, je vous encourage à en faire de même.

Fehr Erich, Stadtpräsident: J'aimerais tout d'abord remercier la Présidente de la Commission de gestion pour ses explications de détails et ses approfondissements, qui étaient certes aussi intéressants pour tous et toutes. À mon avis, cette intervention reflète bien les pensées et les idées du Conseil municipal. Il est très clair que les avances de crédits sont une exception en en resteront une. Le Conseil municipal

devait, dans ce cas précis, aller de l'avant car sans cela on aurait encore moins pu vous en dire ce soir sur le sujet. Pour les personnes qui ne connaissent pas cet instrument, je tiens tout de même à souligner, qu'il est prévu dans le Règlement des finances (RDCo 6.2-1) de la Ville de Bienne à l'article 11, alinéa 2, lettre c. Je confirme donc que l'instrument est ordinaire mais son application n'est pas usuelle.

Herr Bohnenblust, Sie haben Ihre zahlreichen Fragen teilweise gleich selber beantwortet. Ich beschränke mich auf die Beantwortung der, für die heutige Debatte wichtigsten Fragen. Die vorliegende Projektorganisation stimmt, denn wir handeln in einem funktionalen Raum mit grosser Verantwortung für unsere Region. Monsieur, Suter, de parler d'un désastre est totalement exagéré et de dire que le Maire de Bienne, quand il préside cette organisation c'est démesuré, je dis non, Monsieur Suter, c'est assumer ses responsabilités. Frau Gemeinderätin Lena Frank wird anschliessend die kurz- und mittelfristigen Massnahmen im Agglomerationsprogramm darlegen. Das Agglomerationsprogramm, der Name sagt es, wird gemeinsam erarbeitet. Über die Höhe der Kosten kann immer diskutiert werden. Um eine derart grosse Herausforderung in einem relativ grossen Raum bewältigen zu können, sind Kosten unvermeidbar. Der Gemeinderat hat versucht, sie möglichst tief zu halten. Über den Kostenteiler muss nochmals gesprochen werden. Er bildet die Interessenlage ab. Wo war die Forderung der Initialisierung des espace Biel/Bienne.Nidau am stärksten und welches ist die grösste Gemeinde der Agglomeration? In Anbetracht des Umstandes, dass sich der Kanton mit 50% an den Kosten beteiligt und die nach der Einwohnerzahl deutlich kleinere Stadt Nidau mit 15%, ist eine Bieler Beteiligung von ungefähr 30% verhältnismässig. Der Kostenverteiler zielt auf die übergeordneten Aufgaben und nicht für die einzelnen Projekte. Die Kompensation der Verpflichtungskredite erfolgt auf Stufe Investitionsplanung, Herr Bohnenblust. Meine zitierten Äusserungen von 2014 sind korrekt. Das Geld für die städtebauliche Begleitplanung soll als Mehrwert durch die Aufwertung der betroffenen Terrains an die Stadt zurückfliessen. Der Westast wird nun nicht realisiert wie geplant und auch die städtebauliche Begleitplanung wird nicht entsprechend umgesetzt. Dadurch wird auch kein Mehrwert generiert. Im Gegensatz zur finanztechnischen Betrachtungsweise im vorliegenden Bericht ist diese Beurteilung rein wirtschaftlich. Beide Verpflichtungskredite zum Dialogprozess und zur städtebaulichen Begleitplanung wurden nicht ausgeschöpft. Entsprechend können diese Mittel auf Stufe der Investitionsplanung umgewidmet werden. Zur Rolle von Bund und Kanton: Im Moment hält sich der Bund an der Seitenlinie auf, wie der Fussballer in mir sagen würde. Der Bund wird erst bei der Frage einer Nationalstrassenlösung wieder ins Spiel geholt. Er bezahlt die Agglomerationsprogramme substantiell mit. Der Kanton engagiert sich mit personellen Ressourcen und Know-how aber auch sehr stark finanziell. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, welche das ursprüngliche Projekt zum Westast bekämpft haben wussten, dass ohne Gelder für eine Nationalstrasse, Stadt und Kanton umso mehr in der Verantwortung stehen. Während den nächsten Monaten wird die Organisation von espace Biel/Bienne.Nidau ab 2022 definiert. Was wird unternommen, damit die Reflexionsgruppe zu keinem Verhinderungsgremium wird? Das bestimmen vor allem deren Mitglieder bestimmen darüber. Entscheidend ist die Debattenkultur. Selbstverständlich versucht der Gemeinderat eine konstruktive Atmosphäre zu schaffen. Das erste Treffen war ermutigend, wie dies auch von ehemals Befürwortenden und Gegnerschaft bestätigt wurde.

Was wären die Folgen einer Ablehnung des vorliegenden Geschäfts, heute in Biel oder im Juni in Nidau? Um es mit den Worten von Herrn Suter zu sage, ça sera un désastre! Eine Ablehnung der Ergebnisse des Dialogprozesses würde die Arbeiten für lange Zeit

blockieren und die früheren Beschlüsse des Stadtrats in Frage stellen. Wenn die Stadt Biel nicht in der Projektorganisation vertreten wäre, würden substantielle Mittel fehlen und das ganze Projekt in Frage stellen. Bei einer Ablehnung der Stadt Nidau würde lediglich deren finanzieller Beitrag wegfallen. Ausserdem verliert eine Gemeinde, welche aussteigt ihre Mitwirkungsrechte. Herr Heiniger, Sie haben gefordert, dass Stellen geschaffen und nicht Mandate vergeben werden. Bei speziellen Anforderungen ist es oft sinnvoll, für bestimmte Aufgaben Spezialisten beizuziehen. Sie kritisieren, dass ich, assistiert von der Gemeindepräsidentin von Nidau, Sandra Hess, die Reflexionsgruppe leiten werde. Diese Kritik wurde an der ersten Besprechung mit der Reflexionsgruppe ebenfalls vorgebracht. An derselben Veranstaltung war die Reflexionsgruppe aber auch der Auffassung, die gewählten Behörden müssten Verantwortung übernehmen und die Reflexionsgruppe führen. Mich würde interessieren, woher Sie den Märchenprinzen oder die -prinzessin als völlig neutrale Person hervorzaubern wollen und der/die dann von allen akzeptiert würde. Immerhin sind Gemeinderatsmitglieder gewählte BehördenvertreterInnen und geniessen das Vertrauen der Bevölkerung. Frau Schneider, der Langsamverkehr ist in Biel kein Nebenschauplatz. Mit Blick auf die gesellschaftliche Veränderung, moderne Mobilität aber auch auf die Klimaveränderung ist Langsamverkehr etwas ausserordentlich wichtiges. Es ist nicht immer einfach, zwischen den Interessen des Langsamverkehrs und des ÖVs zu vermitteln. Platz für eigene individuelle Fahrbahnen ist nicht unbeschränkt vorhanden. Es geht nicht nur um die Bewältigung von verkehrlichen Herausforderungen. Die Debatte ist gesellschaftspolitisch und betrifft die Entwicklung von Stadt und Agglomeration in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Soziales, Gesellschaft usw. Monsieur Bord, je vous promets que je ferai tout mon possible pour éviter une usine à gaz.

Herr Steinmann, die Frage nach der Aufnahme von neuen Organisationen habe ich bereits bei der Debatte zum Rückweisungsantrag beantwortet. Bei den Gemeinden stellt sich die Situation wie folgt dar: Mit der Gemeinde Twann wurde vereinbart, dass sie in der Behördendelegation zu den kurz- und mittelfristigen Massnahmen nicht vertreten ist. Bei den langfristigen Massnahmen beteiligt sie sich punktuell. Der Porttunnel wurde von den Gemeinden westlich von Ipsach bis jetzt nie in Frage gestellt. Wenn diese Gemeinden wollen, wird die Reflexionsgruppe selbstverständlich mit ihnen in Dialog treten. Die Ergebnisse des Dialogprozesses wurden akzeptiert und der Gemeinderat arbeitet auf dieser Basis weiter.

Die Frage nach der Einbindung des Stadtrats wurde mehrmals gestellt. Der Stadtrat ist ein Entscheidungsgremium und nicht ein Debattiergremium. Somit stellt sich die Frage, wie stark es eingebunden werden soll, ohne die Entscheidungsfreiheit zu verlieren. Ich bin mit Frau van der Meer einverstanden: Ziel muss es sein, eine Lösung zu finden und nicht das ganze Projekt auf der Ziellinie scheitern zu lassen. Der Stadtrat kann seine Bedürfnisse selber äussern und beispielsweise eine Verkehrskommission schaffen. Diese würde sicherlich mit eingebunden werden. Frau Gurtner-Oesch, Sie werfen unfairerweise den Organisationen, welche den Kompromiss mittragen vor, dass Sie die Autobahn und den Porttunnel bauen wollen. Sie wollen wollen aber vor allem eine Lösung. Die schweizerische Politik mit den zahlreichen Parteien verlangt stets noch einem Kompromiss. Ich finde es falsch, Personen zu brandmarken, die bereit sind, eine Kompromisslösung zu finden und damit eine Brücke zu bauen. Je tiens particulièrement à remercier Mesdames Stolz et van der Meer pour la confiance témoignée au Conseil municipal et à ma propre personne. J'espère pouvoir être à la hauteur de vos attentes.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Wie im Bericht des Gemeinderats ersichtlich und auch von der GPK-Sprecherin erwähnt, sind die Projektierungs- und Realisierungskosten einzelner Infrastrukturvorhaben im vorliegenden Kredit nicht enthalten. Die Mittelbeschaffung erfolgt jeweils separat. Auf Seite 7 im Bericht ist das Budget- und Finanzierungskonzept dargestellt. Die Drittfinanzierung läuft bei vielen Projekten über das Agglomerationsprogramm des Bundes. Der Bund beteiligt sich finanziell an Verkehrsprojekten aus dem Programm zum Agglomerationsverkehr der Städte und Gemeinden. Das Programm wird etappenweise umgesetzt. Der Gemeinderat wird die Projekte jeweils zeitgerecht vorbereiten und dem finanzkompetenten Organ zur Genehmigung unterbreiten. In Biel sollten konkret drei Projekte umgesetzt werden:

1. Das erste betrifft den Perimeter Guido-Müller-Platz bis zur Neuenburgstrasse. Dort ist ein übergreifendes Verkehrsmanagement geplant. Auf dieser Achse soll die Steuerung und Dosierung des Verkehrs zentral erfolgen.
2. Das zweite Projekt betrifft den Perimeter um den Rousseauplatz. Dort sollen auf der Achse Aarbergstrasse die Bedingungen für den Langsamverkehr verbessert werden.
3. Schliesslich ist auf der Achse Ländtestrasse - Aarbergstrasse in Richtung Bahnhof eine Priorisierung des ÖV und des Langsamverkehrs vorgesehen.

Ein weiteres Projekt betrifft die Neuenburgstrasse, welche in Bundeskompetenz liegt. Ursprünglich wollte der Bund bloss den Strassenunterhalt sicherstellen, ohne Verbesserungsmassnahmen für den Langsamverkehr vorzusehen. Auf Druck des Gemeinderats willigte der Bund mittlerweile ein, insbesondere im Bereich des Seefelskreisels zusätzliche Anpassungen vorzunehmen. Auch dieses Projekt ist Teil des Agglomerationsprogramms und die Ausführung der Arbeiten ist für 2024 geplant. Noch dieses Jahr soll das Projekt im Perimeter Dr.-Schneiderstrasse - Chipotstrasse - Aarbergstrasse dem Stadtrat vorgelegt werden. Grundsätzlich können die einzelnen Projekte unabhängig von der übergeordneten Projektorganisation (üPO) Espace Biel/Bienne.Nidau ausgeführt werden. Die Situation ist jedoch komplex, insbesondere in Anbetracht der Besitzverhältnisse der verschiedenen Strassen. Häufig sind mehrere Gemeinden sowie Bund oder Kanton betroffen. Deshalb ist eine gute Koordination unabdingbar. Der espace Biel/Bienne.Nidau bietet ein Gefäss um die einzelnen Projekte zu koordinieren. Festzuhalten ist ausserdem, dass die Mittel aus dem Agglomerationsprogramm nur gestützt auf ein regional koordiniertes Vorgehen freigegeben werden. Diese Projekte unilateral nur von Biel umsetzen zu lassen, ist nicht möglich. Die Initialisierung heute ist deshalb umso wichtiger. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich halte mich kurz. Ich wollte vorhin keineswegs jemanden brandmarken sondern nur aufrütteln! Der Dialogprozess wurde nicht im Stadtrat geführt, obwohl er die politische Behörde ist. Diese äusserst wichtigen Projekte können nicht einfach so «en passant» beschlossen werden. Die Ergebnisse aus dem Dialogprozess müssen hier Punkt für Punkt ausführlich diskutiert und beschlossen werden. Der Gemeinderat hat diese anschliessend umzusetzen. Dafür wird die vorgeschlagene Projektorganisation nicht benötigt. Die Meinungen sind gemacht, schreiten wir zu Abstimmung!

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich erstelle jetzt eine Rednerliste.

Suter Daniel, PRR: Je me permets de prendre la parole car j'ai été interpellé par Monsieur le Maire. J'ai bien entendu la réponse de Madame la Directrice des travaux publics, des transports et de l'énergie (TEE) et c'est bien cela que j'ai essayé de faire comprendre. Chaque commune est compétente pour prendre des décisions sur ses propres routes communales et c'est la même chose au niveau du Canton. Au sein de la Ville de Bienne, le Conseil municipal est l'Autorité compétente en matière de finances en ce qui concerne les mesures de circulation. Il est clair que chaque situation est examinée et que chaque projet cité par Madame la Directrice des TEE est réalisable et sera réalisé. À mon avis, toutes ces mesures sont possibles sans fonder cette organisation faïtière, que j'appelle «usine à gaz». La coordination de chaque mesure peut se faire, au cas par cas, directement entre les entités concernées. Je ne vois pas pourquoi le Maire de Bienne devrait présider cette organisation, que je trouve démesurée, dans son ensemble...

Bohnenblust Peter, FDP: Mir ist wichtig, dass sich die Reflexionsgruppe von den Begriffen «Dagegen» und «Dafür» verabschiedet. Schliesslich haben sich die Mitglieder alle auf das Ergebnis des Dialogprozesses geeinigt. Bezüglich der finanztechnischen Betrachtung der Mittel in der Investitionsplanung werde ich mich bilateral mit dem Stadtpräsidenten austauschen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf.

Abstimmung

- über den Antrag von Sandra Gurtner-Oesch auf Abstimmung mit Namensaufruf

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 24. März 2021, gestützt auf Artikel 39 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst:**

1. Für die Koordinations- und Vorbereitungsarbeiten im Rahmen der Projektorganisation «Espace Biel/Bienne.Nidau» im Jahr 2021 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 420'000.00 (Verpflichtungskredit Nr. 17000.0153 «Espace Biel/Bienne.Nidau: Finanzierung üPO und externe/interne Leistungen PRÄ/BEU 2021») bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Vor der Pause werden die dringlichen Vorstösse begründet.

113. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20210172, Tanner Anna, SP, Liechti Kathleen, EVP, Roth Myriam, Grüne, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Halter Marisa, PdA, Moeschler Marie, PSR «Überlebenshilfe Passantenheim Biel»

Tanner Anna, SP: Es geht um das Passantenheim in Biel, welches obdachlosen Menschen einen Unterschlupf bietet. Aufgrund der Pandemie ist das Heim in ernsthafte Schwierigkeiten geraten und die Schliessung droht. Wir bitten den Gemeinderat dringend, eine Lösung auszuhandeln.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

114. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20210171, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR, «Kinder und Jugendliche sollen den Sommer in Biel geniessen können»

Moeschler Marie, PSR: L'urgence de ce postulat est donnée car on est toujours dans cette pandémie et que l'été arrive à grands pas. De plus, on connaît les conséquences de cette pandémie sur les jeunes et les enfants et les problèmes psychiques qu'elle peut poser. C'est pour toutes ces raisons, que nous estimons que la Ville pourrait faire un geste en rendant certaines prestations gratuites ou moins chères pour les jeunes cet été.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.10 Uhr - 20.40 Uhr

115. 20190367 Umsetzung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen / Verpflichtungskredit / Botschaft

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: Der Gemeinderat beabsichtigt mit dem vorliegenden Verpflichtungskredit das Reglement über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen (SGR 8.1-1) umzusetzen. Das Reglement ist seit Januar 2017 in Kraft. Seither gelten für die Essenszubereitung in städtischen Betreuungseinrichtungen die Grundsätze biologischer und regional angebauter Produkte. Die Mahlzeiten sollen lokal in Biel produziert, schockgekühlt und vor Ort fertig gegart werden. Der Transport soll vorwiegend in Mehrweggebinden erfolgen. Heute liegt der Umsetzungsplan samt einem Bauvorhaben vor. Grundsätzlich hat der Stadtrat den vorliegenden Ausführungskredit bereits mit dem genehmigten Projektierungskredit zum vorliegenden Geschäft bewilligt. Die Umsetzung des politischen Willens ist mit Investitionen verbunden. Aus Sicht der GPK hat der Gemeinderat im Januar 2019 vorbildlich reagiert. Im Zuge der Sanierung des Alterszentrums Redernweg soll die neue Küche dort für die Zubereitung von sämtlichen Mahlzeiten der städtischen Betreuungseinrichtungen genutzt werden können. Weniger vorbildlich sind die hohen Kosten des Projektierungskredits, welche wie immer im obersten Preissegment

liegen. Die Stadtkasse hat Kostenbewusstsein und mögliche Einsparungen dringend nötig. Die Kosten sowohl für die Produktionsküche als auch die Aussenstandorte sind immens hoch. Für den Betrag von CHF 6,5 Mio. soll nicht nur eine Küche umgebaut werden. Um dem Auftragsvolumen, den Vorbereitungsarbeiten, der Lagerung und weiteren Bedürfnissen gerecht zu werden, wird im Alterszentrum Redernweg das ganze Kellergeschoss umgebaut. Nebst der Produktionsküche geht es auch um die dezentralen Strukturen. Die Stadt betreibt 18 Standorte mit Tagesschulen und Kitas. Die GPK hat den zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung Fragen gestellt. Diese wurden alle zufriedenstellend beantwortet.

Wie kommen die hohen Kosten zustande? Immer wieder bei solchen Projekten wird das städtische Gemeinwesen unanständig hoch zur Kasse gebeten. Die GPK hat die Pflicht, den Gemeinderat auf mögliche Einsparungen bei der Umsetzung aufmerksam zu machen. Beispielsweise schlagen bei der Kita Bubenberg "*Geräteersatz und kleine Anpassungen*" mit CHF 44'000 zu Buche. Die Folgekosten sollen über die Mahlzeitenpreise amortisiert werden. Die Kosten für die Kitas, Tagesschulen und das Alterszentrum sollen gleich hoch bleiben. Auch der Elternbeitrag von CHF 8 für eine Mahlzeit soll gleich bleiben. In der Branche ist dies ein sehr guter Preis. Obwohl die Qualität der Mahlzeiten erhöht wird, soll der Preis nicht steigen. Die Mahlzeitenkosten für das Alterszentrum Redernweg sollen über die Sonderrechnung der städtischen Heime, Heimtaxen und Infrastrukturbeiträge finanziert werden. Ein grosser Bestandteil der Umbaukosten bildet der Kauf der Software um das Bestell- und Abrechnungswesen zu managen. Künftig soll für den Abgleich zwischen Kitas, Tagesschulen und Sonderrechnung eine detaillierte interne Abrechnung erstellt werden. Die GPK wird diese interne Abrechnung in Zukunft näher anschauen. Eine Mischrechnung oder Quersubventionierung ist nicht statthaft. Wäre es allenfalls sinnvoll, für die Produktionsküche eine eigene Verwaltungseinheit zu bilden? Die Abrechnung wäre damit transparenter, ausserdem könnten die wahrscheinlich doch sehr unterschiedlichen Kundenwünsche besser berücksichtigt werden. Die GPK ist auf jeden Fall gespannt auf die detaillierte Abrechnung. Der Bericht ist ausführlich und verständlich. Die GPK hat innerhalb kurzer Frist alle verlangten Unterlagen erhalten. Sie stimmt dem vorliegenden Verpflichtungskredit zu. Wir finden es richtig, die Qualität der Mahlzeiten zu steigern. Die Gesundheit der kleinsten und ältesten EinwohnerInnen ist wichtig. Die Stadt Biel teilt der Region Seeland damit mit, dass sie bio, lokal und saisonal einkauft und das in überaus grosser Menge. Die erhöhte Nachfrage beschleunigt vielleicht die Umstellung auf eine nachhaltige Produktion in diesem Bereich.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: 2015 reichte das Initiativkomitee bei der Stadtkanzlei die Initiative «für eine gesunde Ernährung» mit über 2'500 Unterschriften ein. Seither sind über sechs Jahre vergangen. In der Zwischenzeit ist aber viel passiert. Der Stadtrat genehmigte rund zwei Jahre später das Reglement. Das Komitee zog daraufhin die Initiative zurück. Die Direktion Bildung, Kultur und Sport (BKS) erarbeitete anschliessend einen Umsetzungsentwurf. Verglichen wurde eine interne mit einer externen Lösung. 2019 schlug der Gemeinderat die Umsetzung einer internen Lösung mit Umbauten im Alterszentrum Redernweg vor. Das Initiativkomitee begrüsst diese Entscheidung. Der Stadtrat genehmigte den Projektierungskredit vor knapp einem Jahr und heute liegt der Ausführungskredit vor. Wenn alles nach Plan läuft, sollte das Reglement im Januar 2023, also acht Jahre nach der Initiative, umgesetzt werden. Es hat zwar lange gedauert, doch nun gilt es, den Willen der

Stimmbevölkerung entschlossen umzusetzen. Aus folgenden Gründen empfehle ich die Zustimmung zum vorliegenden Verpflichtungskredit:

1. Investitionen in städtische Infrastrukturen sind nachhaltig und wertsteigernd.
2. Die nachhaltige regionale Landwirtschaft wird aktiv unterstützt und ermöglicht ökologischen Betrieben aufgrund der regelmässigen Abnahme ihrer Produkte zu fairen Preisen Planungssicherheit. Eine koordinierte Einkaufsplanung erlaubt es der Stadtverwaltung aber auch, bessere Preise auszuhandeln. Für Landwirtschaft und Stadt also eine Win-win-Situation.
3. Kinder wie auch Heimbewohnende erhalten eine gesunde Ernährung bei gleich hohen Preisen.
4. Das für die Verpflegung zuständige Personal wird weiterhin beschäftigt. Die Produktionsküche wird eine professionelle und nach neusten Erkenntnissen funktionierende Einrichtung mit viel ökologischem Potential. Mit durchdachter Planung und Lieferung kann sie zur Minimierung von Food-Waste beitragen.
5. Gesunde Ernährung ist auch ein Bildungsprojekt, denn das Bewusstsein für gesundes Essen und dessen Produktion wird gestärkt.
6. Finanziell ist es ein Vorzeigeprojekt für Biel. Ökologie, Gesundheit, Infrastruktur und Menschen profitieren davon.
7. Die Kosten für die Familien werden sich im bisherigen Rahmen bewegen. Das ist möglich, weil die Produktionsküche 365 Tage im Jahr in Betrieb sein wird. Ein Drittel der täglichen Produktion ist für das Altersheim vorgesehen. Dies ermöglicht eine optimale Nutzung der Küche und stellt den unveränderten Preis für die Kitas sicher. Im Gegenzug erfolgt eine Beteiligung an der Amortisation. Mit CHF 8 pro Mahlzeit werden Einkauf, Produktion, Lieferung usw. und ein Anteil von CHF 1.43 für die Amortisation bezahlt. Sowohl die Kinder als auch die Altersheimbewohnenden profitieren von dieser Lösung. Das nenne ich gelebte Solidarität.

Bleibt eine Frage an den Gemeinderat: Bei der Diskussion zum Projektierungskredit wurde seinerzeit über das Potential für Nischenarbeits-, Ausbildungsplätze und Einsatzprogramme gesprochen. Sind solche Möglichkeiten vorgesehen? Es gibt selten Bauprojekte, welche mehr sind als ein Bauvorhaben. Das vorliegende Projekt ist eine Investition in eine gesündere Zukunft und ausserdem ökologisch, sozial, wirtschaftlich und nachhaltig. Davon brauchen wir in Biel noch mehr. Die Fraktion Einfach libres! unterstützt das Vorhaben. Ich werde als Mitglied des Initiativkomitees die weitere Entwicklung wie bisher schon kritisch und konstruktiv begleiten. Schreiben wir heute im Stadtrat Geschichte und stimmen dem vorliegenden Geschäft überzeugt zu.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Wie schon von den Vorrednerinnen erwähnt, findet auch die Fraktion SP/JUSO das vorliegende Projekt toll. Es ist schweizweit ein Vorzeigeprojekt. Einmal mehr zu sehen, dass es keine Rolle spielt, ob eine Stadt oder eine private Unternehmung die Dienstleistung vollbringt ist schön. Auf Motivation und Kreativität kommt es an. Diese Attribute sind abhängig von den Menschen hinter den Projekten und nicht von der Organisationsform. Die Fraktion SP/JUSO findet die baulichen Massnahmen sinnvoll und die Kosten halten sich im Rahmen. Das Projekt ist zwar nicht preisgünstig, aber essentiell und ohne Luxus. Zudem werden die Kosten über die Mahlzeiten amortisiert. Die Kritik, dass es zu teuer sei, kommt immer. Die Fraktion SP/JUSO stört, dass das Ausführungsprojekt durch den Umbau der lokalen Küchen an den Aussenstandorten um CHF 1,6 Mio. teurer wird. In der Botschaft muss differenzierter festgehalten werden, wie wichtig ein solches Projekt für die Volksgesundheit ist. Ansonsten könnte der Eindruck entstehen, dass sich die Stadt ein Luxusprojekt leistet. Eine Ablehnung an der Volksabstimmung wäre sehr bedauerlich.

Die Preisgestaltung der Menüs ist ein zentraler Punkt. CHF 8 für eine biologische und regionale Mahlzeit ist äusserst ambitiös. Darin enthalten sind auch noch CHF 1.43 für die Amortisation. Die Berechnung des Produktionspreises war wahrscheinlich eine grosse mathematische Herausforderung. Der attraktive Preis hat jedoch einen schalen Nachgeschmack. In unserer Konsumwelt hat die Bedeutung von Nahrungsmitteln sowohl monetär als auch emotional enorm an Wert verloren. Noch vor 100 Jahren gab eine durchschnittliche Arbeiterfamilie rund 50% ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. Heute sind es noch knapp 7%. Food-Waste ist nur ein Zeichen des Wertverlustes, dazu kommt der Preiserfall gerade bei tierischen Nahrungsmitteln. Mit dem Preiserfall steigt der Druck auf die produzierenden Betriebe, immer mehr und noch günstiger zu liefern. Diese Entwicklung endet leider in einem ökologischen Desaster. Die Fraktion SP/JUSO hofft, dass die Stadtverwaltung die Preisvorgabe einhalten kann. Gesunde Nahrung ist essentiell und müsste eigentlich einen höheren Stellenwert haben. Uns freut, dass die Mahlzeiten für alle in der gleichen Qualität zum gleichen Preis angeboten werden. Es ist ein soziales Projekt und das ist richtig so. Nicht jedes Kind in den Betreuungsstrukturen erhält zuhause eine gute Erziehung zu gesunder Nahrung. Ebenfalls wohlwollend nehmen wir zur Kenntnis, dass den Kindern vegetarische Mahlzeiten angeboten werden. Noch mehr würde ich mich über vegane Mahlzeiten freuen. Die Fraktion SP/JUSO begrüsst ausserdem, dass keine Stellen abgebaut werden. Arbeiten, welche in den lokalen Küchen wegfallen, werden in der zentralen Küche durchgeführt. Die Fraktion SP/JUSO bedauert, dass in den peripheren Küchen kein Kochen mit den Kindern mehr möglich sein wird. Zvieri und Znüni herzustellen reicht für eine nachhaltige Prägung der Kinder hin zu ausgewogenen Mahlzeiten leider nicht aus. Die Herstellung der Mahlzeiten als pädagogisches Element wäre wichtig. Ich hoffe, dass in Zukunft Lösungen ermöglicht werden. In der Botschaft steht, dass keine Subventionen beantragt werden können. Wurde die Gesundheitsförderung Schweiz angefragt? Eine gesunde Ernährung ist deren zentrales Element. Die meisten nicht übertragbaren Krankheiten entstehen ernährungsbedingt. Die Fraktion SP/JUSO hofft auf Zustimmung in der Volksabstimmung und eine baldige Umsetzung.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich weise darauf hin, dass zuerst über den Beschlussesentwurf abgestimmt wird. Die Botschaft wird danach behandelt.

Akamba Frédérica, au nom du Groupe PSR: Une bonne partie de ce que je vais dire a déjà été dit avant en allemand. Je vais simplement le dire à nouveau en français. Le Groupe PSR tient à souligner la qualité de ce projet qui se veut novateur et qui aura un impact non négligeable sur les enfants fréquentant les crèches, les écoles à journée continue ainsi que sur les personnes âgées. L'alimentation est une thématique très importante et incontournable dans nos vies. Le projet est de proposer des repas équilibrés, confectionnés avec des produits locaux, frais et bio. Il est donc en accord avec la politique en matière de durabilité de la Ville de Bienne. Enfin, une telle offre permet aussi aux élèves de tous les milieux sociaux, d'avoir accès à des repas sains et de qualités. Concernant le projet en lui-même, notre groupe salue particulièrement les points suivants:

- Les efforts au niveau de l'impact du projet sur l'environnement (réduction de l'énergie grise utilisée dans les transports grâce à l'utilisation de produits locaux, de saison et bio).
- Le projet consomme local et soutient donc les producteurs de la région. Notre économie en est ainsi soutenue.

- Le projet permet des économies d'échelle tout en gardant les places de travail. La centralisation prévue permet de garder des prix concurrentiels, tout en élevant la qualité des repas.
- Le projet permet de sensibiliser les élèves à une alimentation saine, durable et de saison.
- Le projet permet aussi à la Ville de contrôler la qualité des repas proposés (difficile avec un prestataire externe, surtout si celui-ci n'est pas basé dans la région).

Il s'agit d'un projet d'envergure, avec des objectifs élevés qui fera rayonner l'image de notre Ville comme innovatrice, tout en soutenant les producteurs locaux. Pour toutes ces raisons, le Groupe PSR soutient ce projet et vous invite à en faire de même.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Wer kann ernsthaft gegen gesunde Ernährung sein? Wer kann ernsthaft gegen biologisch und regional produzierte Mahlzeiten in den städtischen Betreuungsstrukturen sein? Der Stadtrat hat bereits anlässlich der Diskussion zum neuen Reglement ja dazu gesagt. Auch heute sagt die Fraktion FDP mehrheitlich ja zum vorliegenden Projekt. Die hohen Kosten haben uns jedoch schon beschäftigt. Die Stadt Bern hat finanzielle Probleme und die rot/grün dominierte Stadtregierung gedenkt, 238 städtische Angestellte zu entlassen. Wenn hingegen im Bieler Stadtrat die bürgerliche Seite eine Plafonierung des Personalbestands verlangt, ist das ein Skandal. In der Stadt Biel sieht die Lage jedoch nicht besser aus. Seinerzeit hat im Stadtrat niemand mit derart hohen Kosten gerechnet. Frau Tennenbaum, Sie haben dem Stadtrat damals das System der kalten Linie erklärt. Neu sollen die Mahlzeiten unmittelbar nach der Zubereitung schockgekühlt und vor Ort fertig gegart werden. Die SV-Gruppe hat bis jetzt einwandfreie Mahlzeiten produziert und geliefert. Dabei stellt sich die Frage, warum jetzt ohne Not etwas daran geändert werden soll? Der Stadtrat hat seinerzeit ja gesagt. Wer A sagt muss auch B sagen. Trotz aller Vorbehalte geht es um die Genehmigung des Ausführungskredites. Die Fraktion FDP kann die Preisgestaltung nicht nachvollziehen. Der Preis von CHF 8 pro Mahlzeit ist niemals kostendeckend und muss von mir ausgesehen mittelfristig diskutiert werden. Immerhin wird die Qualität der Mahlzeiten erhöht. Eine Verbesserung darf auch etwas mehr kosten. Trotz der Einwände plädiere ich für eine Zustimmung zum vorliegenden Kredit. Die ohnehin anstehende Küchensanierung im Alterszentrum Redernweg erzeugt immerhin Synergien. Das ganze Projekt ist jedoch sehr teuer. Trotzdem: ja zu diesem Kredit.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Beaucoup de choses ont déjà été dites et je ne vais pas tout répéter. Le Groupe UDC/Les Confédérés est très partagée quant à ce projet. Nous y voyons un nombre d'arguments positifs mais aussi des zones d'ombre. La production de repas à Bienne avec des produits locaux permet naturellement de soutenir les producteurs locaux et c'est important. Eviter des transports routiers inutiles entre le Canton de Bâle-Campagne et Bienne ne peut être que positif mais cela augmente et garantit la qualité des mets. Ainsi, les enfants pourront profiter d'une alimentation saine et goûteuse, ce qui n'est pas toujours le cas aujourd'hui. C'est un grand avantage. La zone d'ombre dans ce projet, comme l'a dit Monsieur Leuenberger tout à l'heure, divise notre groupe par rapport aux coûts engendrés: 8'150'000 fr. tout compris. C'est quand même une somme non négligeable qui hérisse un peu les poils du dos en connaissant les problèmes financiers de la Ville. Est-ce à nouveau un projet «plaqué or», comme on les aime tant à Bienne? Ne pourrait-on pas un peu revoir la chose ou y ajouter des prestations supplémentaires? Il est dommage que l'on ne tienne pas compte, dans ce projet, de la problématique de la

vaisselle réutilisable. Le sujet de la vaisselle réutilisable a déjà été évoqué très souvent. L'EMS Redern aura une cuisine parfaitement équipée et qui devra impérativement pouvoir remplir cette demande et ainsi répondre au lavage de cette vaisselle réutilisable à Bienne plutôt qu'à Bâle ou à Saint-Gall. Il serait bien d'utiliser cette possible synergie en ajoutant cette condition-cadre au projet. Cela permettrait aussi d'avoir un argument supplémentaire afin de faire avaliser ce projet dans les urnes. Malgré l'avis partagé du Groupe UDC/Les Confédérés sur ce projet, il le soutiendra quand même.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Malgré qu'une brume plane sur les points centraux, spécialement financiers, le Groupe PRR remercie le Conseil municipal de son rapport. Le principe d'une alimentation saine pour les enfants est une noble cause qui mérite, sur le fond, d'être soutenue. Le prix du repas est défini mais nous n'avons aucune idée précise des coûts de production et de distribution. La part des invendus n'est également pas totalement connue. Une fois les coûts totaux connus, ces prix pourront-ils être adaptés vers le haut au besoin ou le budget sera-t'il augmenté afin de payer ce déficit? Le Groupe PRR soutient la mise en oeuvre de cette politique publique mais demande que la politique des prix soit examinée de plus près pour limiter l'impact négatif sur le budget de la Ville de Bienne.

Molina, Franziska, Fraktion GLP+: Die Fraktion GLP+ wird dem Geschäft zustimmen. Wie wohl alle Anwesenden, sind auch wir für hochwertige Mahlzeiten aus saisonalen und biologischen Zutaten. Das Reglement fordert unter anderem die Verwendung von regionalen Produkten für die Verpflegung der Kinder in Kitas und Tagesschulen. Braucht es dazu eine Grossküche? Müssen alle Aussenstandorte angepasst werden? Wäre eine Weiterführung in den bestehenden Küchen nicht möglich? Die Fraktion GLP+ versteht, dass mit einer zentralisierten grossen Küche vieles rationalisiert und günstiger hergestellt werden kann. Die Grossküche hilft, die Kosten im Griff zu behalten. Dennoch, die berechneten Kosten für die Grossküche und die Aussenstellen sowie die Folgekosten sind enorm. Der Stadtrat wurde mit dem Projektierungskredit im letzten Jahr bereits darauf vorbereitet. Die Fraktion GLP+ stört, dass die Stadtverwaltung bei der Ausführung von derartigen Projekten überall und systematisch das Maximum der vorausgesagten Kosten berechnet. Bei jedem Posten des vorliegenden Projekts wird das Maximum erreicht. Dies spricht nicht für den haushälterischen Umgang mit Steuergeldern. Einen sorgfältigen Umgang, den Biel angesichts der miserablen finanziellen Lage aber dringend braucht. Wir wünschen uns von den beiden betroffenen Direktionen BKS und BEU (Direktion für Bau, Energie und Umwelt) in Zukunft eine Verbesserung. Den Liberalen in der Fraktion GLP+ bereitet es Mühe, dass die Stadt jetzt zum Gastrobetrieb werden soll und damit Teil eines Marktes, den andere viel besser verstehen. Angesichts der engen Vorgaben des Reglements erkennen wir aber die Motivation dazu. Die Grünen in unserer Fraktion freut es, dass die Stadt künftig eine starke Nachfrage nach biologischen und lokalen Esswaren generiert. Mit ihnen freuen sich auch die Biobauern der Region. Die Kosten sind zwar hoch, die Mahlzeitenpreise für die Eltern können jedoch beibehalten werden. Darüberhinaus wird auf eine gesunde, biologische Ernährung umgestellt.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Ich gebe meine Interessenbindung gleich zu Beginn bekannt: Ich bin Mitglied des Initiativkomitees «für eine gesunde Ernährung». Frau Tennenbaum hat die Vorgeschichte erläutert. Der Ursprung zur Initiative liegt aber mehr als zehn Jahre zurück. In den Nullerjahren des 21. Jahrhunderts haben die Tagesschulen im Kanton Bern und damit die Nachfrage nach gesunder Ernährung rasant zugenommen. Um der Nachfrage gerecht zu werden, hat die Stadtverwaltung

als Übergangslösung einen Cateringservice beauftragt. Die Mahlzeiten wurden in Plastik verpackt aus dem Baselbiet hergefahren und vor Ort aufgewärmt. Die Fraktion Grüne hatte sich mehrmals erkundigt, wann diese provisorische Lösung beendet wird. Aufgrund der Antworten des Gemeinderates gewonnen wir den Eindruck, dass die Übergangslösung zu einer definitiven werden soll. Daraus entstand schliesslich die Idee für die Initiative. Der beabsichtigte Systemwechsel soll die Zubereitung nachhaltigerer Mahlzeiten ermöglichen. Im Initiativtext wurde erwähnt, dass die Lebensmittel regional eingekauft, die Mahlzeitenpreise für die Eltern nicht steigen und das Personal möglichst von der Stadtverwaltung angestellt werden sollen. Der Gemeinderat hat das Anliegen aufgenommen und den Reglementsentswurf vorgelegt. Das Reglement stellt letztendlich ein Kompromiss auf. Herr Leuenberger hat bereits erwähnt, dass wir eigentlich immer noch bei der kalten Linie sind. Für das Initiativkomitee ist aber wichtig, dass die Mahlzeiten nicht mehr in Plastik, sondern in Metallbehältern verpackt sind. Ebenfalls einen Kompromiss stellt die zentrale Produktionsküche dar. Andere wichtige Anliegen wie regionale und biologische Produkte, gleichbleibender Mahlzeitenpreis für die Eltern sowie Produktion mit städtischem Personal wurden erfüllt. Das Initiativkomitee unterstützt aus diesen Gründen den vorliegenden Verpflichtungskredit.

Im Moment stehen zwei eidgenössische Volksinitiativen vor der Abstimmung. Es geht um die Volksinitiativen «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz». Die Debatte dazu wird hart geführt. Die Grenze wurde mit geäusserten Morddrohungen auch schon überschritten. Ich rufe beide Seiten dazu auf, zu einer würdigen Debatte zurückzukehren. Die beiden Volksinitiativen decken gegensätzliche Meinungen über Produktion und Konsum von Lebensmitteln auf. Der vorliegende, konstruktive Vorschlag bietet eine Lösung in diesem Konflikt. Ausserdem steigt damit die Nachfrage nach biologisch produzierten Lebensmitteln. Der Anteil an biologisch produzierten Lebensmitteln liegt in der Schweiz bei knapp über 10%. Schliesslich bestimmt auch der Verkauf zu einem höheren Preis in den Grosssverteilern die Produktionsmenge. Eigentlich wären viele Landwirtschaftsbetriebe bereit, auf biologische und nachhaltige Produktion umzustellen. Ist der regionale Einkauf durch die öffentliche Hand überhaupt mit dem Gesetz vereinbar (Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ÖBG; BSG 731.2)? Die Abklärungen der Stadtverwaltung haben ergeben, dass dies möglich ist. Im Gegensatz zu anderen Städten, welche keine Abklärungen vorgenommen haben, war die Bieler Stadtverwaltung vorbildlich. Inzwischen überlegt sich auch das Spitalzentrum, die Lebensmittel regional einzukaufen. Das Bieler Reglement übernimmt bereits eine Vorbildfunktion.

Wie bei jedem Systemwechsel, ändert sich vieles und das Initiativkomitee hat dazu folgende Fragen:

- Wird bereits heute schon ein Teil der Amortisation für die Küchen der Tagesschulen von den Eltern übernommen?
- Wird die Kompetenz des Kochpersonals in den Küchen vor Ort durch das blosse Aufwärmen der Mahlzeiten nicht herabgestuft?
- Was geschieht mit dem Personal, wenn die Wäscherei ausgelagert wird?
- Wer übernimmt Planung und Zusammenstellung der Mahlzeiten in Zukunft?

- Werden die Produkte bei einem Hauptlieferanten oder verschiedenen Betrieben eingekauft? Die Stadt erhält schliesslich eine gewisse Marktmacht und kann den Preis beeinflussen. Werden die Produkte zu fairen Preisen eingekauft?
- Was gilt als regional? In der Region ist nicht immer alles in Bioqualität verfügbar.
- Wieviel kosten die Mahlzeiten insgesamt? Wieviel davon geht an die regionale Landwirtschaft?

Die Fraktion Grüne und das Initiativkomitee begrüssen das Projekt sehr.

Sutter Andreas, FDP: Ich bin Mitinhaber einer privaten Kita. Ein- bis zweimal in der Woche wird dort gekocht und wir produzieren rund 700 Mahlzeiten im Jahr. Frau Clauss, einmal wöchentlich wird vegan und zweimal in der Woche vegetarisch gegessen. Ich kenne also die Preise ziemlich gut und weiss, dass es unmöglich ist, für CHF 8 eine Mahlzeit zu produzieren. Die GPK-Sprecherin, ebenfalls eine Fachfrau, kennt die Preise und hat mir dies bestätigt. Sie rechnet mit CHF 12 pro Mahlzeit in der Kita. Die Portionen für Kinder sind kleiner aber differenzierter. Völlig ausgeblendet wird die Produktion vor Ort. Wird der Brei für die Kleinen als Gemüse in der zentralen Küche gekocht, anschliessend gekühlt und transportiert und dann in der Kita gemixt? Wahrscheinlich werden solche Mahlzeiten weiterhin in der Kita gekocht. Dafür muss an den jeweiligen Standorten die Küche entsprechend eingerichtet sein, diese Kosten sind also gerechtfertigt. Ein Teil der Kinder erhält zudem Milchflaschen. Diese vegan herzustellen dürfte schwierig werden. Eine vegane Mahlzeit kostet meine Kita im Einkauf rund doppelt so viel wie eine normale Mahlzeit. Ebenso unmöglich ist der Einkauf lokaler, saisonaler Produkte über das ganze Jahr hinweg. Von Dezember bis Mai fehlen die regionalen Produkte für eine ausgewogene Mahlzeit. Mit der kalten Linie fällt die Wahl auf eine sehr technische Küche, welche Linke und Grüne eigentlich nicht unterstützen. Die Kostenberechnung scheint mir für ein derartiges System gerechtfertigt. Wie setzt sich die Berechnung zusammen? Die Amortisation beläuft sich auf CHF 326 jährlich. Dazu kommen Zinsen in der Höhe von CHF 203'000, geteilt durch 270'000 Mahlzeiten ergibt nicht CHF 1.43 sondern CHF 1.96. Zwischenmahlzeiten und Brei sind im Preis von CHF 8 wahrscheinlich nicht enthalten. Wenn ich teurer einkaufe als verkaufe, bezahle ich die Differenz selber. Im vorliegenden Geschäft wäre dies ein Defizit für die Stadt Biel. Gastrosuisse hat auf seiner Internetseite einen Rechner zum Herunterladen installiert. Im Preis von CHF 8 sind folgende Kosten enthalten: CHF 1.60 für das Personal, CHF 1.20 für Energie- und Transportkosten, CHF 1.96 für die Amortisation, bleiben CHF 3.60 für den Einkauf. Dieser Preis ist halb so hoch wie der Wareneinkauf für eine ausgewogene Küche. Für regionale, saisonale und biologische Produkte beträgt der Aufschlag rund CHF 4. Somit betragen die Kosten CHF 12. Die Personalkosten von CHF 1.60 ergeben für 270'000 Mahlzeiten jährlich CHF 432'000. Dies reicht für das Mindesteinkommen nicht aus. Das Projekt ist gut. Die Zahlen stimmen aber bei weitem nicht. Mir bleibt nicht anderes übrig, als das Projekt abzulehnen. In der Botschaft muss erwähnt werden, dass die Stadt damit ein Defizit von CHF 1 bis 2 Mio. in Kauf nimmt...

Koller Levin, SP: Das vorliegende Geschäft überzeugt mich voll und ganz. Der Gemeinderat hat directionsübergreifend gute Arbeit geleistet, Kompliment! Es handelt sich um ein Vorzeigeprojekt. Häufig werden in der politischen Diskussion zu ökologischen Fragestellungen Massnahmen vorgeschlagen, welche ökologisch, aber nicht sehr sozial sind. Das heute vorliegende Geschäft bricht mit diesem Dilemma. Es zeigt wie ökologische und soziale Anliegen vereint werden können. Zwischen ökologischen und sozialen Fragen muss kein Widerspruch bestehen, wenn die Politik

ihre Aufgabe richtig macht. Es kommt noch besser: Aufgrund der internen Lösung werden die Mahlzeiten von Angestellten mit guten Arbeitsbedingungen zubereitet. Mit diesem Projekt werden also Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen gesichert. Eventuell werden bei steigender Nachfrage noch weitere Arbeitsplätze geschaffen. Das Projekt ist nicht nur sozial für die Beschäftigten, sondern auch sozial für die Eltern, weil die Preise nicht ansteigen. Mit dem Einkauf von umweltfreundlichen und lokalen Produkten ist es ein ökologisches Projekt. Das Geschäft zeigt beispielhaft auf, dass nicht immer alles an Private ausgelagert werden muss. Die Stadtverwaltung kann Vieles ohne Mehrkosten selber tun. Ich werde dem Geschäft mit grosser Freude zustimmen.

Tenennbaum Ruth, Passerelle: Ich nehme Stellung zu den Bemerkungen von Herrn Leuenberger zur kalten Linie. Im vorliegenden Projekt geht es um "Cook and chill". Die Mahlzeiten werden in Inoxgebinden schockgefroren und nicht in Plastik. Plastik ist im höchsten Mass gesundheitsschädigend. Die Lieferung der Mahlzeiten in Plastik durch die SV-Gruppe hat das Initiativkomitee stets kritisiert. Ein Aufwärmen im Plastik löst stark gesundheitsschädliche Stoffe aus dem Material. Für die Kostenberechnung wurden nicht Dilettanten herangezogen sondern Gastroprofis. Der Betrag von CHF 6,5 Mio. stammt aus der Sonderrechnung, die aus Beiträgen der Heimbewohnenden alimentiert wird. Ein Teil dieser Gelder ist für die Erneuerung von Infrastruktur vorgesehen. Die Renovation im Alterszentrum Redernweg steht sowieso an. Die Investitionen fallen höher aus, aber der daraus entstehenden Mehrwert ist enorm. In der Gesamtrechnung der Stadt beläuft sich der aufgewendete Betrag auf CHF 1,6 Mio. der Rest wird über die Sonderrechnung des Alterszentrums Redernweg finanziert.

Suter Daniel, PRR: Je ne résiste pas à l'envie ou même au besoin de venir perturber ce qui semble être une belle unanimité afin d'insister sur le point suivant. Selon le rapport du Conseil municipal, à la page 2, point 2, les repas de la nouvelle cuisine seront produits, je cite: *«pour un prix plus ou moins identique à aujourd'hui»*. À la page 13, point 8 de ce même rapport, je cite: *«les coûts pour les crèches et écoles à journée continue seront du même ordre de grandeur qu'actuellement. Au vu des calculs actuels, les repas ne coûteront pas plus chers à la Ville, ni aux parents»*. Ces passages du rapport concernent une question centrale de l'affaire qui nous occupe dont la réponse reste, pourtant ouverte. Quel est le prix de revient des repas pour les crèches et pour les écoles à journée continue qui seront produits dans la cuisine de l'EMS Redern? Il devrait être couvert par les 8 fr. demandés aux parents. J'ai posé la question à la Direction de la formation, de la culture et du sport (FCS) qui m'explique la complexité de la calculation, qui dépendra notamment de la quantité de repas produits, sans toutefois articuler le chiffre. Cette réponse est insatisfaisante car je ne sais pas quel sera le prix pour la Ville. Dans les entreprises privées, un tel investissement ne serait jamais lancé sans un plan d'affaire solide. Les montants en jeu pour la Ville de Bienne s'élèveront, sans doute, à plusieurs centaines de milliers de francs annuel, au moins. Le Conseil de ville peut-il accepter et les citoyens et citoyennes accepteront-ils que le dépassement du prix de 8 fr. garanti aux parents soit financé dans cet ordre de grandeur par les impôts? Les montants en jeu peuvent sembler dérisoires par rapport au budget (70 mio. fr.) de la FCS. Toutefois, les citoyens et citoyennes ont le droit de savoir si le budget sera dépassé. Dans un récent débat la Gauche, sur impulsion d'une minorité de la Commission de gestion, a fait capoter un projet car une question de financement n'avait pas trouvé une réponse satisfaisante. Aujourd'hui, cet aspect ne semble pas avoir la même importance peut-être car il s'agit de l'alimentation saine pour notre jeunesse. Personnellement, je n'ai pas connaissance de problèmes particuliers

de santé de nos jeunes. Je les trouve plutôt en pleine forme selon mon observation. J'ai confiance en l'avenir. Par contre, les finances de la Ville de Bienne, sont à l'agonie. Tout le monde ne semble pas s'en rendre compte. On a tendance à l'oublier, selon les circonstances et la volonté politique. Personnellement, je tire les conséquences de ce constat et je ne peux pas soutenir ce projet. Ceci, par manque de rigueur financière, de transparence vis-à-vis de la population, qui ne sait pas sur quelle charge subséquente pour la Ville, elle vote. Manifestement, la majorité est acquise pour ce projet même si on aurait pu passer par un renvoi afin d'éclaircir ces questions. Il ne me reste donc qu'à m'opposer à ce projet.

Steinmann Alfred, SP: Mahlzeiten für CHF 8 zubereiten zu können, wurde angezweifelt. Bis 2017 war ich bei der Sprachheilschule Biel-Seeland beschäftigt. Der Mahlzeitenpreis von CHF 8 war kostendeckend. Im Preis war zudem die Betreuung der Kinder miteinberechnet. Das Essen war zwar nicht biologisch aber trotzdem sehr gut und frisch zubereitet. Anstatt zu nörgeln möchte ich eigentlich dem Gemeinderat sowie allen Beteiligten zur ausgesprochen guten Arbeit gratulieren, welche den Bieler Kindern und Betagten nun zugute kommt.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Über die Vorgeschichte des vorliegenden Geschäfts wurde bereits ausführlich berichtet. Heute liegt der Verpflichtungskredit für die baulichen Anpassungen und betrieblichen Massnahmen vor. Der Grossteil des Kredits entfällt auf bauliche Anpassungen. Die vielen Fragen zeigen, dass es sich nur vordergründig um ein Baugeschäft handelt. Schlussendlich geht es um mehr. Es geht darum, wie die Stadt die Kinder in den öffentlichen Betreuungsstrukturen ernährt. Regionale Bauernbetriebe sollen unterstützt werden. Was ist Ihnen das wert? Ein Paradigmenwechsel unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten steht bevor. Biel hat die Chance, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Stadt kann ein Vorbild für andere Gemeinden sein und zeigen, wie Kinder und Seniorinnen ernährt werden können. Mit dem vorliegenden Verpflichtungskredit soll das Reglement umgesetzt werden. Konkret bedeutet dies, dass im bestehenden Alterszentrum Redernweg eine neue Produktionsküche eingebaut werden muss. Die deutlich grösseren Mahlzeitenmengen sollen auch mit einem deutlich höheren Anteil an Frischprodukten produziert werden. Die Sanierung der Küche Redern steht so oder so an. Dies trifft auch auf den grössten Teil der Aussenstandorte zu. Mit den geplanten Anpassungen werden künftig an einem Standort täglich 1'300 Mahlzeiten produziert. Gleichzeitig müssen auch an 12 der 18 Aussenstandorten bauliche Anpassungen vorgenommen werden, um die Lagerung und Aufbereitung der gelieferten Mahlzeiten zu gewährleisten. Insbesondere müssen die Kühlschränke, Steamer und Abwaschmaschinen ersetzt werden. Die Umstellung auf Mehrweggeschirr bedeutet einen Mehraufwand und bedingt grössere Geräte für den Abwasch. Diese Geräte wiederum benötigen andere Zuleitungen. Die Anschaffung eines E-Fahrzeugs für die Auslieferung der Mahlzeiten ist in den Gesamtkosten enthalten. Die Erhöhung der Anzahl der produzierten Mahlzeiten hat bauliche Konsequenzen. Die Stromleitungen müssen angepasst werden, ausserdem fallen die Kosten für den hinzugezogenen Gastroplaner an, was zur Erhöhung der Kosten gegenüber dem Projektierungskredit führte.

Frau Clauss, die Kosten für die Aussenstandorte waren im Projektierungskredit enthalten. Die GPK hat detaillierte Auskünfte zu den Kosten an den Aussenstandorten verlangt, die ich hier gerne wiederhole. Die Profiküchengeräte machen 36% der Gesamtkosten aus, nämlich rund CHF 550'000. An sechs Standorten ist eine neue

elektrische Zuleitung für die Küche notwendig. Davon betroffen sind insbesondere ältere Anlagen, welche bisher mit warmem Essen beliefert wurden. An zwei Standorten muss ein Warenlift eingebaut werden, weil die Mahlzeiten auf mehreren Stockwerken serviert werden. Die Küche im Altbau Plänke wird komplett erneuert und in einen anderen Raum verlegt. Die bestehende offene Küche im Essraum wurde 2008 für 40 Mahlzeiten konzipiert. Die Belegung der Tagesschule hat seither laufend zugenommen. Heute werden bis zu 140 Mahlzeiten täglich serviert. In der Tagesschule Mühlefeld-Heideweg ist die Erneuerung und Umplatzierung der Küche mit Warenlift und neuen Zuleitungen geplant. Auch diese Tagesschule wurde bis anhin mit warmen Mahlzeiten beliefert. Mit 110 Mahlzeiten pro Tag erreicht sie ihre Kapazitätsgrenze. Die bestehenden Kleinküchen auf zwei Etagen kommen für die Lagerung und Aufbereitung der Mahlzeiten aufgrund ihrer Grösse nicht in Frage. Deshalb ist der Einbau eines Raummoduls im Hauptraum der Tagesschule geplant. Sie sehen, dass es sich nicht bloss um kleine Anpassungen handelt. An zahlreichen Aussenstandorten hätten sowieso bauliche Massnahmen getroffen werden müssen. Diese unterschiedlichen Projektkosten sind jedoch nicht genau bezifferbar. Der Gemeinderat ist im vorliegenden, wie auch in allen anderen Projekten stets bestrebt, die Kosten im Rahmen zu halten. Qualitatives Bauen hat seinen Preis. Die betrieblichen Massnahmen erläutert meine Kollegin, Frau Gonzalez Bassi.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie à mon tour, pour le bon débat qui a été mené ce soir autour de l'alimentation saine, mais je dois dire aussi autour des mesures comptables. De quoi parlons-nous ce soir? Madame Frank l'a évoqué à plusieurs reprises. Il s'agit d'un projet important pour nos enfants, pour l'EMS Redern mais aussi pour la Ville de Bienne. Beaucoup de personnes trouvent que ce projet est trop ambitieux. Je souhaite que notre Ville se positionne aussi comme une Ville qui veut, qui peut et qui ose relever des défis comme celui-ci. Madame Gurtner-Oesch, je remercie la Commission de gestion (CDG) pour son appréciation de l'affaire. Je tiens à faire une petite correction. Vous avez parlé du forfait quotidien (Tagespauschale) de 8 fr. Ce montant correspond à la charge des parents pour un repas. Le «Tagespauschale» se monte à 12 fr. pour les écoles à journée continue et les crèches. Cela va peut-être vous permettre de relativiser la préoccupation que vous avez eue, Monsieur Suter car on ne se trouve pas dans les mêmes proportions de prix. Pour revenir sur la part d'amortissement par repas, je précise que le montant de 1.43 fr. par repas est un chiffre qui démontre une valeur relative. Il s'agit d'une moyenne indicative. Je pense que nous avons suffisamment, ici, d'experts dans les domaines des crèches et des homes pour savoir que le repas dans un home ne correspond pas à ce que mange un enfant dans une école à journée continue et encore moins à ce que mange un enfant dans une crèche. Il y a des pondérations de quantités qui sont différentes et cela explique que cette valeur est une moyenne. Il ne vous sera donc pas possible de prendre cette valeur pour retomber sur le chiffre de l'investissement de départ car là encore on est confronté à une autre pondération, celle du temps. Dans les écoles à journée continue ou dans les crèches les enfants mangent cinq jours par semaine et pas sept comme dans les homes. De plus, il s'agit de repas pour 39 semaines dans les écoles à journée continue, 48 dans les crèches et non 52 dans les homes. Vous comprenez, Monsieur Suter, la difficulté du calcul lorsque j'évoquais ces questions-là. Un rapport exhaustif aurait eu l'apparence d'une table Excel de plusieurs pages. Une réponse a été donnée à vos questions. Si vous souhaitiez plus de détails, vous auriez dû poser des questions plus précises et pointues.

La difficulté réside effectivement dans les chiffres. Vous avez, par ailleurs, raison de relever que c'est un projet onéreux. Ce projet est cher au niveau des investissements mais il est également souhaitable qu'il soit un projet porteur, porté lui-même et amorti. À qui coûte-il? Est-ce à la charge des contribuables (impôts)? Je pense que vous êtes suffisamment nombreux dans cette salle à être informé du système de la Ville, qui a effectivement une différence au niveau de la comptabilité en ce qui concerne la provenance de ces crédits. Une bonne partie du crédit, à savoir 6'5550'000 fr. (total des frais concernant la cuisine de production de l'EMS Redern) relève du financement spécial des cuisines des homes. En plus, si on déduit la rénovation de la cuisine du Redern, qui doit être entreprise de toute façon, il y a une réflexion pertinente et cohérente. Qui finance les homes? Ce sont les résident-e-s. Donc, la cuisine du Redern est payée par les pensionnaires. Le montant de 1.43 fr. par repas représente l'amortissement pour les 2/3 du crédit des repas produits pour les écoles à journée continue et les crèches, sur une période de 25 ans. Voilà, le calcul qui doit être fait. Je dois dire que je suis un peu étonnée de la méfiance de certaines personnes. Les calculs sont présentés et la logique est rationnelle. Je remercie Messieurs Koller et Steinmann et Madame Tennenbaum d'avoir salué l'immense travail qu'il y a derrière toute cette mise en place du projet. Plusieurs années de réflexions ont abouti à ce résultat. Il s'agit effectivement d'un montage, d'une vision et finalement de l'aboutissement qui porte sur 1/8 du crédit qui sera voté. Le reste du crédit est attribué à la construction et l'adaptation des sites concernés.

Pour revenir sur les propos de Madame Tennenbaum, que je remercie pour l'historique et les explications concernant le calcul du coût et de l'amortissement, il me semble qu'un point devrait être ajouté. Il s'agit de la prévention de la santé. Une nourriture saine permet aux enfants et aux personnes âgées de prévenir sur le long terme leur capacité physique à vieillir et à s'entretenir. Cela entre dans un cadre éducatif mais c'est aussi bénéfique pour leur forme physique et psychique. Ces faits se basent sur une étude menée dans un des homes biennois, qui démontre qu'une alimentation saine a une incidence positive sur le physique et le psychique, même si la personne est âgée. L'accès à une nourriture saine a un effet préventif sur l'ensemble de la population. Vous avez aussi évoqué la possibilité d'engager des personnes qui travailleraient en cuisine et qui pourraient faire partie d'un programme d'intégration. Cela n'est pas exclu, mais au stade du lancement du projet ce n'est pas envisageable au niveau de la cuisine de production. À terme, c'est quelque chose qui pourrait voir le jour. Monsieur Leuenberger, vous avez relevé la question des coûts élevés et pas transparents. Je pense avoir répondu à votre demande mais si des questions subsisteraient, je reste volontiers à votre disposition. Je ne peux toutefois pas vous soumettre des coûts effectifs car je ne sais pas, aujourd'hui, combien d'élèves seront présents même s'il y aura certainement une augmentation de la fréquentation de l'école à journée continue vu les habitudes économiques des familles.

La méthode dite «cook and chill» (système qui consiste à refroidir rapidement les repas immédiatement après les avoir cuisinés) n'est pas très romantique, mais pourtant c'est le moyen qui permet de préserver au mieux la valeur nutritive des aliments. Est-ce qu'avant c'était mieux? Oui, avant c'était peut-être plus petit et on comprenait mieux le fonctionnement. Ce choix a été fait pour pouvoir garantir aux parents un prix du repas qui n'est pas exorbitant. Cela permettra de rester à l'échelle fixée afin de garantir les commandes de nourriture et de marchandises. Cette méthode permettra de faire des économies au niveau des installations, mais il sera possible de produire en grande quantité. Ainsi, l'amortissement sera ventilé sur plus de repas et donc plus de

personnes. Monsieur Widmer, votre question concernant la vaisselle réutilisable, peut être prise en considération. Il faudrait toutefois qu'une demande provenant des organisateurs de manifestations, qui utilisent de la vaisselle réutilisable, soit déposée à l'EMS. À ma connaissance, cela n'a pas encore été le cas. Il serait imaginable de faire un contrat entre des organisateurs de manifestations et le home. Je ne peux donc malheureusement pas vous répondre de manière définitive ou en vous proposant un prix.

Monsieur Scheuss, vous avez demandé ce qu'il adviendra du personnel de la buanderie vu que cette dernière sera réduite. Une personne partira à la retraite et son poste ne sera pas repourvu. À la buanderie de l'EMS Redern, il restera un pôle pour l'entretien du linge des pensionnaires. Le reste sera externalisé dans un autre EMS, normalement celui du Crystal. Monsieur Widmer, vous voyez que ce projet contient des synergies, à contrario de ce que vous pensiez. Il y aura des transferts de personnel et des entretiens seront mis en place afin de voir les intérêts du personnel actuel à travailler dans la cuisine de production ou dans une école à journée continue ou dans une crèche. Ces transferts seront mis en place si le Conseil de ville et le Peuple acceptent le crédit d'engagement de cette affaire. Par ailleurs, le personnel bénéficiera aussi d'une hausse de salaire car le système sera plus informatisé et demandera des connaissances linguistiques. À ce propos, des cours de langue seront aussi dispensés.

La nourriture sera-t-elle livrée par un ou plusieurs producteurs? Il n'est pas possible de répondre actuellement à cette question. Une collaboration avec «Bio Suisse» est en train de se mettre en place, qui permettra de garantir la qualité des aliments. Les fruits et légumes provenant de l'étranger seront également certifiés «Bio Suisse». La collaboration avec les producteurs se fera par une place de marché en ligne qui se nomme «Biomondo». C'est également un défi pour «Bio Suisse», qui mettrait à disposition un système de regroupement et de coordination des commandes auprès des producteurs locaux. Cette collaboration n'aura pas d'incidence sur le budget. Les produits seront labélisés et situés à 35 km maximum de notre Ville. C'est ce qui garantit leur régionalité. «Bio Suisse» certifie qu'il est possible de garantir la livraison des produits voulus à l'échelle attendue et dans les délais impartis. 1.4 mio. fr. sera injecté dans l'économie locale et notamment chez les producteurs locaux. C'est aussi une synergie que de soutenir l'agriculture locale.

Enfin, il est possible de produire des repas de saison et locaux en permettant aux parents de tous les enfants concernés de payer 8 fr. par repas, à condition d'une prise de risque. Un risque calculé mais qui doit être assumé par la Ville. En effet, il pourrait y avoir à l'avenir une chute drastique des effectifs des écoles à journée continue et des crèches. Toutefois, je vous rassure que la tendance des effectifs est à la hausse. C'est peut-être aussi la fragilité de ce projet qui doit garantir la production de repas au plus près de ce qui sera consommé. Il n'est pas possible de créer une cuisine qui pourrait produire 2'000 à 3'000 repas par jour, en anticipant les besoins qu'il y aura dans quatre ou cinq ans. Le risque est peut-être à l'envers car, dans quelques années, il est possible ne plus avoir la capacité de produire suffisamment et de se retrouver dans une situation similaire. La Ville prenait déjà ce risque avec le système actuel. J'espère avoir répondu à toutes vos demandes et je reste à votre disposition pour d'éventuelles questions. Je tiens encore à remercier toutes les équipes qui ont travaillé sur ce projet et pour preuve de leur engagement, elles sont présentes ce soir. Je vous remercie de soutenir ce magnifique projet dans lequel je me sens très engagée.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Gibt es zwingende weitere Wortmeldungen?
Ich erstelle eine Rednerliste.

Widmer Patrick, UDC: Je profite de l'occasion pour donner une information à Madame Gonzalez Bassi. J'ai vite «googlé» et suis tombé sur le site www.suissegarantie.ch. Le tableau des fruits montre effectivement qu'il n'y a pas d'oranges ni de bananes en Suisse, mais il est possible d'avoir des pommes durant toute l'année en Suisse et même des poires, des abricots et des pêches. Sans importer des fruits et légumes de l'étranger, il est tout de même possible d'apporter un certain choix de fruits et légumes aux jeunes de Bienne.

Suter Daniel, PRR: Je tiens à prendre la parole très exceptionnellement après la prise de parole du Conseil municipal car j'estime avoir été pris à parti rudement. Je félicite mes camarades de Gauche qui s'en sont mieux sortis que moi dans cette discussion. Étant contre ce projet, je n'ai pas reçu le même accueil, c'est la vie et je vais faire avec. Je ne m'oppose pas à ce projet par peur d'une éventuelle diminution de la fréquentation. Je m'y oppose car je ne reçois pas l'information exacte quant au prix de revient du repas servi. Il est clair que l'investissement est réalisé par l'EMS et que le cuisinier est engagé par l'EMS. Toutefois, un certain nombre de repas est destiné aux écoles à journée continue, dans une quantité et un nombre de semaines différents, mais le cuisinier doit savoir combien coûte la part livrée aux écoles. Il serait injuste que les taxes de l'EMS financent les repas livrés aux écoles à journée continue ou inversement. Cette question est complexe, je l'ai bien entendu, mais l'enjeu est important. Il s'agit de quelques centaines de milliers de francs par année pour les impôts du côté des écoles. Cette affirmation a été dite par un spécialiste étant donné que les 8 fr. demandés aux parents ne couvriront pas ce coût. C'est donc à cause de cette incertitude que je ne peux imaginer proposer ce projet sous cette forme aux citoyens et citoyennes.

Sutter Andreas, FDP: Madame Gonzalez Bassi vous m'avez convaincu. Toutefois, je regrette que ces arguments n'aient pas été exposés dans les documents mis à disposition du Conseil de ville. Leider wurden die Argumente von Frau Gemeinderätin Gonzalez Bassi in der Botschaft nicht erwähnt. Sie sagte, es würde ein kleines Risiko bestehen, dass die Kosten mit einem Preis von CHF 8 pro Mahlzeit nicht gedeckt werden könnten. Ich finde dieses Element wichtig und es gehört zu den Informationen an die Stimmberechtigten. Sie müssen wissen, dass die Kosten für die Stadt den Preis von CHF 8 übersteigen könnten.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour cette clarification. Lorsque je dis que le prix défini pour les parents est de 8 fr., c'est un fait réel. Il s'agit d'un engagement que ma Direction a dû prendre face au Conseil municipal, il y a une année. Pour les coûts, il faut rester dans un cadre similaire à l'actuel. Monsieur Suter, je suis désolée de devoir vous confirmer qu'il y a une marge similaire à l'actuelle. À ce titre, je ne peux que réitérer mon admiration au fait que quelque chose d'aussi ambitieux puisse tenir dans l'enveloppe de notre Ville, sans plus alourdir le budget de la Ville. Il s'agit uniquement de l'investissement nécessaire pour mettre à niveau les écoles à journée continue et les crèches. L'autre partie est amortie par le coût des repas. Je vous serais reconnaissante, surtout s'il s'agit d'éléments techniques, de me soumettre les questions en amont car cela m'aiderait à donner des réponses de manière précise.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Jetzt wird über den Beschlussesentwurf abgestimmt. Anschliessend wird die Botschaft behandelt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 24.03.2021, gestützt auf Art. 39 Abs.1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.5.1-1) **mit 48 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:**

I. Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zum folgenden Gemeindebeschlussesentwurf empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel beschliesst, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 20. Mai 2021 und gestützt auf Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1966 (SGR 1.5.1-1):

1. Das Projekt «Umsetzung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen» wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von total CHF 8'150'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

Botschaft

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die GPK verzichtet auf eine Wortmeldung zur Botschaft.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Die Fraktion Einfach libres! **beantragt**, ein weiteres Pro-Argument einzufügen. **Das 3. Pro-Argument soll ersetzt werden mit der neuen Formulierung. «Die zentrale Produktion löst den externen Caterer aus Baselland ab. So fördert die Stadt nicht nur die Gesundheit der Kinder, sondern stärkt auch die nachhaltige und regionale Landwirtschaft».** Dieser Aspekt hat bei den Argumenten gefehlt und ist aus Sicht der Fraktion Einfach libres! zu ergänzen.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO **wünscht die Einberufung einer Redaktionskommission.** Über die Botschaft muss nicht heute abgestimmt werden. Wir finden, dass die Pro-Argumente für eine Volksabstimmung etwas schwach formuliert sind. **Ausserdem ist zumindest zu erwähnen, dass die Investitionskosten über den Mahlzeitenpreis amortisiert werden.** Ausserdem liegt ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion Grüne vor.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP fordert Kostentransparenz. Wir haben nichts dagegen, die Pro-Argumente zu stärken aber das Risiko zu Mehrkosten und die Zusammensetzung der Kosten müssen offengelegt werden.

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne stört sich an der Erwähnung, dass für das vorliegende Projekt keine Subventionen beantragt werden konnten. Wir

beantragen, den Ausdruck «Subventionen» zu streichen und durch «Drittmittel» zu ersetzen. Als weiteres Pro-Argument beantragt die Fraktion Grüne, die Preisstabilität zu erwähnen. Preisänderungen sind zwar möglich aber nicht aufgrund der Umsetzung des Reglements. Einzufügen ist der Satz: *«Die Preise der Mahlzeiten für die Kinder steigen nicht».*

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich gehe davon aus, dass nichts gegen die Einsetzung einer Redaktionskommission spricht. Ich schlage vor, die Sitzung für fünf Minuten zu unterbrechen. In dieser Zeit werden die Fraktionen bei der Ratssekretärin ihre Vorschläge für ihre Vertretungen in der Redaktionskommission einreichen. In der Redaktionskommission müssen mindestens fünf Mitglieder Einsitz nehmen.

Sitzungsunterbruch 22.40 Uhr - 22.45 Uhr

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Es konnten nicht genügend Mitglieder für eine Redaktionskommission gefunden werden. Wir werden nun über die zusätzlichen, bereits eingereichten Anträge (Pro-Argumente) abstimmen.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Grüne, in der Botschaft auf Seite 5 den Ausdruck «Subventionen» zu streichen und durch «Drittmittel» zu ersetzen

Der Antrag wird angenommen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Ratssekretärin informiert mich, dass der den Stadtratsmitgliedern vorliegende zweite Antrag der Grünen von Herrn Rüber nochmals abgeändert wurde. Ich bitte daher Herr Rüber, diesen noch einmal zu formulieren.

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Mein Formulierungsvorschlag lautet: *«Die Umsetzung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen führt zu keiner Preiserhöhung der Mahlzeiten».*

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Grüne als zusätzliches Argument DAFÜR «Die Umsetzung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen führt zu keiner Preiserhöhung der Mahlzeiten» aufzulisten

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Einfach libres! das dritte Argument DAFÜR zu ersetzen mit : «Die zentrale Produktion löst den externen Caterer aus Baselland ab. So fördert die Stadt nicht nur die Gesundheit der Kinder, sondern stärkt auch die nachhaltige und regionale Landwirtschaft»

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP/JUSO als zusätzliches Argument DAFÜR «Die Investitionskosten werden über den Preis pro Mahlzeit amortisiert» aufzulisten

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

II. Der Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die von mir zu Beginn der Sitzung angestrebte Effizienz wurde nur mässig erreicht. Leider konnten die dringlichen Vorstösse nicht behandelt werden. Ich freue mich, Sie im Juni wiederzusehen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

116. Neueingänge

20210171	Dringliches Postulat, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, Moeschler Marie, Fraktion PSR	BKS
	Kinder und Jugendliche sollen den Sommer in Biel geniessen können	
	Postulat urgent, Kilezi Ruth, Groupe PSR, Moeschler Marie, Groupe PSR	FCS
	Les enfants et jeunes doivent pouvoir profiter de l'été à Bienne	
20210172	Dringliches überparteiliches Postulat, Tanner Anna, SP, Liechti Kathleen, EVP, Roth Myriam, Grüne, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, Halter Marisa, PdA, Moeschler Marie, PSR	DSS
	Überlebenshilfe Passantenheim Biel	
	Postulat interpartis urgent, Tanner Anna, SP, Liechti Kathleen, PEV, Roth Myriam, Les Verts, Hamdaoui Mohamed, Le Centre, Halter Marisa, POP, Moeschler Marie, PSR	ASS
	Aide à la survie pour le foyer de passage de Bienne	
20210173	Motion, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR	FID
	Die Expo-Brache endlich zum Leben erwecken	
	Motion , Clauss Susanne, Groupe SP/JUSO, Stolz Joseline, Groupe PSR	DFI
	Donner enfin vie à la friche d'Expo.02	
20210174	Überparteiliche Motion, Vouillamoz Naomi, Grüne, Briechle Dennis, GLP, Tennenbaum Ruth, PAS, Koller Levin, SP, Stolz Joseline, PSR	PRA
	Für eine individuelle Mobilität in Biel, die das Pariser Übereinkommen einhält	
	Motion interpartis, Vouillamoz Naomi, Les Verts, Briechle Dennis, PVL, Tennenbaum Ruth, PAS, Koller Levin, SP, Stolz Joseline, PSR	MAI
	Pour une mobilité individuelle biennoise qui respecte l'accord de Paris	

20210175	Überparteiliche Motion, Tonon Ariane, Grüne, Roth Myriam, Grüne, Stolz Joseline, PSR, Moeschler Marie, PSR, Iseli Isabelle, Grüne	BKS
	Ungenügenden Zugang zu Menstruationsprodukten in Biel beenden	
	Motion interpartis, Tonon Ariane, Grüne, Roth Myriam, Les Verts, Stolz Joseline, PSR, Moeschler Marie, PSR, Iseli Isabelle, Les Verts	FCS
	Mettre fin à la précarité menstruelle en Ville de Bienne	
20210176	Postulat, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO	PRA
	Gemeinwohlökonomie	
	Postulat , Clauss Susanne, Groupe SP/JS	MAI
	Économie citoyenne	
20210177	Interpellation, Iseli Isabelle, Grüne	PRA
	Dachbegrünungen: Neuer Impuls für Biel	
	Interpellation , Iseli Isabelle, Les Verts	MAI
	Toitures végétalisées: une nouvelle impulsion pour Bienne	
20210178	Interpellation, Kilezi Ruth, Fraktion PSR	BKS
	Biel unterstützt die Kulturwelt!	
	Interpellation , Kilezi Ruth, Groupe PSR	FCS
	Bienne soutient le monde de la culture!	

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Bernardino Floriane